

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn, per Kreuzband 1.15 M.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 30 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Bundes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 11.

Sonntag, den 12. März.

1911.

Arbeiterentziehung.

Das Maß der bürgerlichen Parteisünden gegen die Arbeiter ist zwar längst schon voll, aber immer noch häufen die Hasser der Sozialdemokratie neue Schändlichkeiten drauf. Es ist nicht genug, daß den Arbeitern die Hauptlasten im Staate aufgebürdet wurden — neben dieser Verschlechterung ihrer materiellen Lage sucht man ihnen auch noch die wenigen Rechte zu entreißen, die ihnen zustehen und früher bereits zugestanden worden sind.

Bekanntlich sollte die Reichsversicherungsordnung dem Wirrwarr im Arbeiterversicherungswesen ein Ende machen. Seit Jahren drängen die organisierten Arbeiter nach einer vernünftigen einheitlichen Regelung dieser Materie, und auch Sozialpolitiker bürgerlicher Herkunft bemühen sich um Abstellung der vorhandenen Mängel. Die Regierung verschleppte die Revision der Angelegenheit stets mit dem Hinweis auf die Schwierigkeiten, die die Sache bereite. Endlich erschien sie mit ihrem Plane vor dem Reichstage und bewies damit, daß sie nur unter Ausreden die Sache verschleppt hatte, denn die vorgelegte Versicherungsordnung hat große, schwierige Arbeit nicht verursacht, sie wäre von den Instanzen der Arbeiterorganisationen zweifellos viel besser in kurzer Zeit geliefert worden.

In einer Reihe von Artikeln sind die Mängel dieser Regierungsvorlage bereits besprochen worden, und im Plenum des Reichstags wurde sie von den sozialdemokratischen Arbeitervertretern scharf kritisiert. In der dazu berufenen Kommission wurde dann an dem Werke herumgedokkelt, ohne daß die berechtigten Ansprüche der organisierten Arbeiter Berücksichtigung fanden. Jetzt aber haben die bürgerlichen Parteien ihrem arbeiterfeindlichen Treiben die Krone aufgesetzt, indem sie den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in den Krankenkassen illusorisch machten. Von der äußersten Rechten bis herüber zur Fortschrittspartei fanden sie sich zur Entziehung der Arbeiter zusammen.

Der Regierungsentwurf hatte bekanntlich die Beiträge je zur Hälfte den Arbeitern und Arbeitgebern auferlegt, um dafür den Arbeitern die bisherigen Verwaltungsrechte zu nehmen. In der Kommission ist aber die Halbierung der Beiträge abgelehnt worden, so daß auch weiterhin die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge, die Unternehmer nur ein Drittel zu zahlen haben. Bei dieser Bemessung der Beiträge ist es selbstverständlich, daß den Arbeitern der entscheidende Einfluß auf die Verwaltung zukommt.

Bisher haben die bürgerlichen Parteien stets den Standpunkt vertreten: wer zahlt, muß auch für die Verwaltung maßgebend sein. Diesen Grundsatz haben sie auch gegen die Arbeiter in der Unfallversicherung geltend gemacht. Hier haben sie noch immer den Arbeitern jedes Mitbestimmungsrecht bei der Leitung der Berufsgenossenschaften verweigert, weil die Beiträge für die Berufsgenossenschaften ganz allein von den Unternehmern bezahlt würden. Danach ergibt sich für die Krankenversicherung, daß die Arbeiter den entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung der Ortskrankenkassen haben müssen, weil sie doppelt so viel als die Unternehmer bezahlen.

Die Gegner — und selbst der katholische Arbeitersekretär Becker, Abgeordneter für Arnsherg — drängten aber auf die Entziehung der Arbeiter, und suchten sie mit der Ausrede zu entschuldigen, es seien Mißbräuche in den Ortskrankenkassen vorgekommen, deshalb sei die Entziehung notwendig.

Unsre Genossen wiesen nach, daß das Gerede von den Mißbräuchen in den Ortskrankenkassen ganz unberechtigt sei. Es seien nicht mehr Mißbräuche festgestellt als in andern Körperschaften, namentlich in den Betriebskrankenkassen und Berufsgenossenschaften. Hier sei aber nicht von Ausnahmegesetzen und Entziehung der Unternehmern zur Verhütung tatsächlich vorkommender Mißbräuche vorgeschlagen.

Allein, es handelt sich für die Regierung und ihren Anhang um etwas andres. Man will Militär-Anwärter in den Stellen der Ortskrankenkassen unterbringen. Der konservative Abgeordnete Graf Westarp meinte, er könne nichts Arges darin finden, daß auch Militär-Anwärter als Beamte in den Ortskrankenkassen untergebracht werden. Und der Regierungskommissar Caspar stimmte dem zu. Und so ist nun die Entziehung der Arbeiter, die Zerstörung der Selbstverwaltung, mit aller Nichtswürdigkeit betrieben worden.

In der Tat hat auch die Mehrheit der Kommission diese arbeiterfeindliche Handlung vollzogen. Die sozialdemokratischen Vertreter wiesen auch in der entscheidenden Sitzung wieder alle Gründe zurück, die die Trimborn, Becker (Arnsherg), Behrens, Graf Westarp und Dr. Mugdan für die Entziehung anführten. Das kam aber gar nicht in Betracht: die Herren haben die Mehrheit und wollen sie gegen die Arbeiter ausnützen. So wurde die Entziehung der Arbeiter von den Kon-

servativen, Nationalliberalen, dem Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung nach den Kompromißanträgen beschlossen. Die Fortschrittler stimmten dagegen, weil ihnen der Wortlaut zu weit geht.

Bei der Spezialberatung traten die Sozialdemokraten dafür ein, daß die Bestätigung des Kassenbeamten, für den im Vorstände mehr als zwei Drittel der Mitglieder gestimmt haben, nicht aus Gründen versagt werden darf, die sich auf die religiöse oder politische Betätigung des Gewählten stützen. Auch diesen Antrag lehnten die Kompromißparteien ab!

Ebenso ging es den Sozialdemokraten mit dem Antrage, daß der Kasse die „Tatsachen“ mitgeteilt werden müssen, die die Verweigerung der Bestätigung begründen sollen.

Einzig und allein der Antrag der Sozialdemokraten wurde angenommen, daß über die Beschwerde gegen eine Verweigerung der Bestätigung das Oberverwaltungsamt unter Zuziehung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter verhandeln muß.

Wenn die Aufsichtsbehörde der Kasse einen Beamten aufzwingt, geschieht dies nach den Kompromißanträgen auf Kosten der Kasse.

Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Aufsichtsbehörde nicht ein beliebig hohes Gehalt auf Kosten der Kasse dem aufgezungenen Beamten geben darf, sondern nur das Gehalt nach den hierfür vom Vorstand vorgeesehenen Besoldungsätzen. Ferner forderte ein Antrag der Sozialdemokraten, daß die endgültige Anstellung eines aufgezungenen Beamten nicht erfolgen darf, wenn durch übereinstimmende Beschlüsse beider Gruppen im Vorstände Einspruch dagegen erhoben wird. Alle diese Anträge der Sozialdemokraten wurden von den Kompromißparteien abgelehnt.

Für die Kassenbeamten soll die Kasse eine Dienstordnung feststellen. In derselben können Geldstrafen bis zum Betrage eines einmonatigen Dienstlohns angelegt werden. Die Sozialdemokraten forderten, daß überhaupt von Geldstrafen Abstand genommen, mindestens als Höchstbetrag das Gehalt für einen halben Monat angelegt wird. Der Antrag wurde abgelehnt.

Ferner wurde gegen den „Mißbrauch“ folgender Kompromißantrag angenommen: Angestellte, die ihre Stellung oder ihre Dienstgeschäfte zu einer religiösen oder politischen Betätigung mißbrauchen, hat der Vorsitzende des Vorstands, nachdem ihnen Gelegenheit zur Reue gegeben worden ist, zu verwarren und bei Wiederholung sofort zu entlassen. Die Entlassung bedarf der Genehmigung durch den Vorsitzenden des Versicherungsamts. Eine religiöse oder politische Betätigung außerhalb der Dienstgeschäfte und die Ausübung des Vereinsrechts dürfen, soweit sie nicht gegen die Gesetze verstoßen, nicht gehindert werden und gelten an sich nicht als Gründe zur Kündigung oder Entlassung. Die Sozialdemokraten forderten, daß diese schwere Maßnahme nicht vom Vorsitzenden des Vorstands allein, sondern vom Vorstände selbst verfügt werde. Diesen Antrag stimmten die Kompromißparteien wiederum nieder.

So wüteten die bürgerlichen Parteien in der Kommission gegen Arbeiterrechte. Inzwischen hat außerdem die Regierung das Einführungsgezet zur Reichsversicherungsordnung im Reichstage eingebracht, worüber demnächst beraten werden soll. In diesem Gesetze spinnt die Regierung den arbeiterfeindlichen Faden weiter.

Wie dies Gesetz von den Angestellten der Berliner Krankenkassen aufgefacht wird, darüber gibt eine große Versammlung dieser Angestellten genügend Klarheit. Der Verbandsvorsitzende Giebel gab in seinem Referat der Empörung Ausdruck, die die Krankenkassenangestellten über das geplante Attentat auf ihre Existenz erfüllt. „Das Einführungsgezet will mit einem Schläge alle durch Privatvertrag in jahrzehntelanger treuer Pflichterfüllung erworbenen Rechte der Angestellten vernichten. Die Angestellten sollen außerhalb der bürgerlichen Rechtsordnung gestellt werden. Man will sie mit dem Einführungsgezet aus den Kassen herauszuschikanieren. „Böhmisch“ sagt die Regierung: Wem es nicht gefällt, der hat das Recht zu — kündigen. Durch das von den Mehrheitsparteien vereinbarte Kompromiß zum Angestelltenrecht in der Reichsversicherungsordnung sollen die Angestellten der freiesten Militär des Versicherungsamts, also eines von der Regierung abhängigen Bureaukraten, ausgeliefert werden. Den Vorständen wird außerdem das Anstellungsrecht so gut wie illusorisch gemacht, und damit der entscheidende Schlag gegen die Selbstverwaltung geführt. Deshalb sei es höchste Zeit für die Versicherten, ihr Veto einzulegen und die öffentliche Meinung gegen diesen Rechtsraub aufzurufen. Jetzt werde ein Kampf der Angestellten um ihre Existenz beginnen, der mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen, geführt werden soll. Durch lebhaften Beifall gab die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen kund. Ohne Diskussion wurde dann einstimmig eine im Sinne des Referats gefasste Resolution angenommen.“

Es wirkt also alles zusammen, um die Arbeiter in helle Empörung zu versetzen über die Verletzung ihrer eigenen Interessen, wie sie wiederum unter der Anführung des blauschwarzen Bloks im Reichsparlament durchgesetzt wird. Daß dabei sogenannte Arbeitervertreter des Zentrums Helfersdienste leisten, bestätigt nur unsere unwiderlegliche Behauptung, daß die Interessen der Arbeiter nur von der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage vertreten werden. Und der Schwindel des Zentrums, auf sozialpolitischem Gebiet den Arbeitern zu dienen, gipfelt — wie diese Tatsachen lehren — wiederum in schwarzem Arbeiterverrat.

Friedenswege.

Mit diesem schönen Titel bezeichnet das Scharfmacherorgan der Tabakindustriellen, Vereinigte Tabak-Zeitungen, eine Reihe von Artikeln, die sie jetzt in einem famosen Schluß ausklingen läßt.

Die Einleitung des Schlußartikels lautet folgendermaßen:

Zur Förderung des Einvernehmens und Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern haben sich die Schlichtungseinrichtungen des Auslandes gut bewährt. Da die deutsche Gesetzgebung in eine Bearbeitung und Regelung dieser Materie noch nicht eingetreten ist, wird die Frage zu prüfen sein, ob nicht dieses Verfahren durch freiwillige Vereinbarungen auch bei uns verbreitet werden soll.

Leider ist die deutsche Gesetzgebung in eine Bearbeitung und Regelung dieser Materie noch nicht eingetreten, weil die Scharfmacher, auch die der deutschen Tabakindustrie das nicht wollen. Beiläufig ist die Konstatierung der Tatsache, daß sich die Schlichtungseinrichtungen des Auslandes gut bewährt haben, ein Beweis für die Rückständigkeit der sonst über das Bohnenlied gepriesenen amtlichen deutschen Sozialpolitik.

In dem bezeichneten Artikel kanngelehrt sein Verfasser dann über private Vereinbarungen, um dann zu einem Schluß zu kommen, der die innersten Absichten einer schönen Unternehmenseule verrät. Weil verschiedene Arbeiterorganisationen sich gegenüberstehen und die freien, christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften „mit den gelben Arbeiterorganisationen nichts gemein haben wollen“, so werde man — meint er — „unter solchen Umständen wohl vorläufig davon absehen müssen, den Versuch des Schlichtungsverfahrens auf alle Arbeiter auszudehnen. Am zweckmäßigsten dürfte es sein, zunächst die unorganisierten Arbeiter hierfür zu gewinnen.“

Der Schlauberger! Ehe er also den Versuch machen will, ob die organisierten Arbeiter, obgleich sie in manchen Stücken auseinandergehen, für eine private Vereinbarung zu gewinnen sind, will er gleich lieber mit den unorganisierten anbandeln. Dieser Mantel der Fürsorge ist wirklich zu knapp, als daß man nicht den Pferdefuß darunter erkennen könnte. Gelänge es nämlich, mit den unorganisierten Arbeitern zu einer Vereinbarung zu gelangen, die Streitigkeiten durch Schlichtungsversuche beizulegen und hätte diese Vereinbarung nur einigermaßen Erfolg, dann würden die organisierten Arbeiter von diesem Braven sicherlich die weise Redensart hören müssen: Seht, wie schön sich die Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber durch unsre Schlichtungsinstitution regeln lassen; es bedarf dazu gar keiner gewerkschaftlichen Organisationen, die die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital nur stören.

Und die weitere Schlußfolgerung wäre, daß man den Unorganisierten sagen würde, sie hätten nun gar keine Ursache, sich den Gewerkschaften anzuschließen. Worauf es den Unternehmern und ihrem Fürsprecher in erster Linie ankommt. Des langen Geträtsches kurzer Sinn ist also: Benutzen wir den Schiedsgerichtschwindel, um die Unorganisierten von den Gewerkschaften fernzuhalten.

Der Gedanke ist verflucht geschick, aber ihn in die Tat umzusetzen, bedarf es mehr, als leerer Worte und eintiger nicht ernst gemeinter Vorschläge. Inbes, sollten die Unternehmer wirklich den Ratschlägen ihres Fürsprechers folgen, so werden die Gewerkschaften sicher nicht den Nachteil davon haben, das können wir den friedliebenden Herren heute schon sagen. Mögen sie also fleißig ans Werk gehen — wir sehen der Tat mit Interesse entgegen. Vorläufig haben wir es aber nur mit Vorschlägen zu tun, die uns weniger interessant erscheinen, sie lauten:

In der Tabakindustrie, die nur einen immerhin kleinen Teil organisierter Arbeiter der verschiedenen Richtungen hat, ließe sich das Verfahren u. G. am besten einführen. Für die Bildung von Werkvereinen der unorganisierten Arbeiter mit dem Zwecke, Einigungsausschüsse zu errichten, dürften sich Schwierigkeiten kaum ergeben. Wir denken uns die Einrichtung so, daß die Arbeiter für jeden Betrieb aus ihren Reihen Vertreter als ihren Ausschuss wählen, und daß der Arbeitgeber seinerseits seine Vertretung wählt. Für die Arbeiterschaft des Betriebes dürfte ein ständiger Ausschuss in Betracht kommen, während der Fabrikant für den Einzelfall stets seine besondere Vertretung zu bestimmen hätte. Letzteres schon deshalb, weil seine Betriebe vielfach räumlich weit voneinanderliegen, und es ihm darum zu tun sein muß, Vertreter zu haben, die mit den einschlägigen örtlichen Verhältnissen vertraut sind. Als Vor-

findender des Einigungsamtes kann nur einer dieser in Frage kommen. Würde dieses Amt keine Einigung erzielen, so wäre die strittige Sache beim Schiedsamt zum Austrag zu bringen. Hierfür würden fünf Beisitzer zu ernennen sein, von denen je zwei von dem Arbeitgeber und dem Arbeiterausschuß zu wählen sein würden, während der fünfte als Vorsitzender von den vier Beisitzern des Schiedsamtes gemeinsam gewählt würde. Für den Fall, daß bei der Wahl des fünften Beisitzers Schwierigkeiten entstehen könnten, dürfte es sich empfehlen, vorzusehen, daß ein unparteiischer Beamter des Bezirks, möglichst ein Richter, mit der Wahrnehmung dieses Amtes zu betrauen wäre. Voraussetzung für diese Einrichtung müßte sein, daß beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, sich verpflichteten, stets dieses Einigungs- und Schiedsverfahren anzuwenden und sich endgültig dem Schiedsspruch zu unterwerfen. Würde der Schiedsspruch unbeachtet gelassen, was aber nur äußerst selten vorkommen würde, so müßte der nicht willfährige Arbeitgeber keinerlei Unterstützung bei seinen Kollegen finden dürfen, umgekehrt müßte die betreffende Arbeiterchaft im Falle der Nichtanerkennung des Schiedsspruches in ihrem dann einsetzenden Streit von den Arbeitgebern isoliert werden.

Die Ausführung unseres Vorschlages würde das Endziel all der vielen Versuche auf dem wirtschaftlich so wichtigen Gebiete der Aufrechterhaltung des Einvernehmens zwischen den Arbeitgebern und ihren Arbeitern sicherlich fördern, ohne dabei irgendwelche Rechte nach der einen oder andern Seite zu beeinträchtigen. Wir würden es begrüßen, wenn unsere Darlegungen dazu dienen, in den Kreisen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Tabakindustrie dieser Frage näherzutreten und vielleicht zunächst in kleinem Rahmen einen praktischen Versuch mit der Einrichtung des Einigungs- und Schiedsverfahrens, als Wege des Friedens, zu machen.

Ganz abgesehen davon, daß die sogenannten Katheder-Sozialisten schon vor ca. 40 Jahren für ähnliche Schiedsgerichte plädierten und dort, wo sie Einfluß genug besaßen, auch einführten, hatten sie doch den Vorzug, den Arbeiterfang weniger plump zu betreiben. Mit obigen Vorschlägen soll er aber sozusagen an der Quelle, in den großen Fabrikbetrieben unternommen werden. Und noch dazu mit unorganisierten Arbeitern, die von sozialpolitischen Verhältnissen und Einrichtungen wenig oder nichts verstehen. Aber das ist ja der Kernpunkt. Die Unorganisierten lassen sich leichter über den Köffel barbieren.

Genug für heute. Wir warten ab, wie die Vorschläge den Unorganisierten mundgerecht gemacht werden und ob aus ihren Reihen Kundgebungen kommen, daß man „dieser Frage“ näher getreten sei. Einzelnen ließe sich vielleicht der Plan ganz gut suggerieren, so daß der Pläne-macher bald sein Echo zu hören bekommen könnte. Derweilen werden sich die Gewerkschaften weiter bemühen, die Unorganisierten zu — organisieren. Das ist jedenfalls das Vernünftiger und für die Arbeiter das Bessere.

Apropos! Wenn den Unternehmern der Tabakindustrie und ihrem Fürsprecher die Einigungsämter so sehr am Herzen liegen, warum drängen sie denn nicht mit ihrem ganzen Einfluß dahin, daß die Einigungsämter durch die Gesetzgebung des Reiches obligatorisch eingeführt werden? Hier liegt der Hase im Pfeffer! Das Unternehmertum war es nämlich, das sich mit Händen und Füßen gegen obligatorische Einigungsämter gestraubt hat, während die Arbeiterorganisationen dafür waren. Für den Verständigen besagt das genug.

Statt auf dem Friedenswege, befindet sich also der ehrenwerte Freund der Unorganisierten auf dem Kriegspfade — gegen die Organisierten.

Rundschau.

Folgen der Tabaksteuer. In Bünde, dem Hauptbezirk der westfälischen Zigarrenindustrie, leiden wieder viele Arbeiter unter den Folgen der famosen Tabaksteuer. Die Firma Steinmeister u. Kensch hat ihre Arbeiter acht Tage feiern lassen; es wurde aber gleich angekündigt, daß sie im März noch einmal feiern müssen. Auch die Firma Horstmann u. Co. läßt noch feiern, ebenso die Firma Karl Wellensiefel. Bei der Firma Krüger u. Blumenau hat ein Teil der Arbeiter acht Tage feiern müssen, ein größerer Teil muß auf Stückzahl arbeiten. Am Montag ist ein ganzer Betrieb in der Feldmark (Wunder Stadtteil) geschlossen worden, es kommen dort etwa 130 Arbeiter in Betracht. Bei der Filiale der Firma Böhle u. Co., Sitz Hamburg, wird ebenfalls auf Stückzahl gearbeitet. Die Arbeiter der Firma Karl Baarmann u. Co. feiern schon seit längerer Zeit abwechselnd. Die Firma Langhans u. Jürgensen läßt Stückzahl arbeiten. Die Firma Althoff u. Beinholdt läßt die Arbeiter der Filiale Ellerbusch feiern.

Deynhausen. Die Firma Engelhardt u. Biermann, Bremen, läßt hier Stückzahl arbeiten.

Niederbessen. Die Firma Frodermann hat ihre sämtlichen Arbeiter entlassen.

Rehme. Schlüter u. Heldt haben 14 Arbeiter entlassen.

Spradow. Die Firma A. Buff u. Co., Sitz Osna-brück, läßt die Arbeiter ihrer hiesigen Filiale, etwa 30, seit dem 25. Februar feiern.

Die Firma Engelhardt u. Biermann-Bremen hat auf ihren Filialen in Gehlenbeck, Kettelstedt und Frotheim eine 20prozentige Betriebseinschränkung vorgenommen; die Firma Seiden-Gestemünde auf ihrer Filiale in Gehlenbeck eine solche von 30 Prozent. Die Firma Belmer u. Bockhorn-Werden läßt, auf Wunsch der Arbeiter, diese wenigstens solange arbeiten, bis sie ihre Stückzahl, 30 Prozent weniger als sonst, fertig haben und dann ganze Tage feiern. So ist den Arbeitern wenigstens eher die Gelegenheit geboten, eine Nebenarbeit zu erhalten.

Spenge. Die Firma L. Engelhardt u. Biermann hat die Arbeitszeit in ihrem Betriebe um täglich zwei Stunden einschränken müssen.

Pfungstadt. Die Firma Freund hat in ihrem Betriebe die Arbeitszeit auf 7½ Stunden täglich reduziert. Betroffen werden davon 115 Arbeiter.

Brake (Rippe). Die Firma Bernigroth, Hagedorn u. Co., Sitz Bremen, läßt ihre Arbeiter immer noch Stückzahl arbeiten. Bei der Firma Joh. Wettkäufer feiert noch die Hälfte der Arbeiter. Bei der Firma Th. Schmidt, Sitz Lemgo, wird ebenfalls mit reduzierter Arbeitszeit gearbeitet.

Ramitzsch. Die Firma Georg Deter hat eine Arbeitszeitverkürzung um täglich zwei Stunden angeordnet. In den Zigarrenfabriken A. Collenbusch und Donath u. Jasper in Dresden, die schon im Vorjahre längere Zeit aussetzen ließen und weiter einen großen Teil des

Jahres mit verkürzter Arbeitszeit arbeiteten, ist die Arbeitszeit von neuem erheblich verkürzt worden. Bei Donath u. Jasper wird seit Anfang des Jahres Montags gar nicht und an den übrigen Wochentagen um 1 Stunde verkürzt gearbeitet. Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 42½ Stunden. Bei der Firma Collenbusch wird seit Anfang Februar ebenfalls nur 5 Tage resp. 41 Stunden pro Woche gearbeitet. Auch in Dederan läßt die Firma Collenbusch nur 5 Tage pro Woche arbeiten.

Tabakarbeiterunterstützung. Ein alter Tabakarbeiter in Blotho, der seit Einführung der neuen Tabaksteuer wiederholt arbeitslos war, richtete, da er im Januar wiederum arbeitslos wurde, ein Gesuch um Weiterbewilligung von Staatsunterstützung an das Reichsschatzamt. Er begründete sein Gesuch mit der großen Notlage, in der er sich mit seiner alten Lebensgefährtin befand, betonte, daß er immer gearbeitet habe und jetzt trotz aller Bemühungen keine Arbeit finden könne. Hier die Antwort auf das Gesuch des Arbeitslosen, die zwar keine Gewähr für die Bitte des Gesuchstellers bedeutet, dafür aber eine unleserliche Unterschrift und ein so schönes Deutsch aufweist, daß der Gesuchsteller daraus noch nicht entnehmen kann, warum sein Gesuch eigentlich abgelehnt ist. Das Schriftstück lautet:

Hauptzollamt.
Eing.-Buch Nr. 8789 U. Minden, den 19. Februar 1911.
Ihr Gesuch vom 18. v. M. um Weiterbewilligung der Unterstützung muß abgelehnt werden, weil sie weder zur Gruppe A Biffer 1 der Grundsätze gehören, noch am 3. Dezember 1910 eine Beihilfe bezogen haben. Außerdem sind Sie erst wieder am 7. Januar 1911 arbeitslos geworden, wofür Beihilfen nach einer Entscheidung des Herrn Reichsschatzmeisters (Reichsschatzamt) nicht mehr gewährt werden. Unterschrift (unleserlich).

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß, beim Etat des Reichsschatzamts zu beantragen, daß zur Gewährung von Beihilfen an Hausgewerbetreibende und Arbeiter, die wegen Uebersetzung des Tabaksteuergesetzes arbeitslos geworden sind, eine Million Mark in den Etat einzusetzen sind. Zur Gewährung von Beihilfen an Arbeiter, die infolge des Zündwarensteuergesetzes arbeitslos geworden sind, sollen 400 000 Mark bewilligt werden.

Auf dem Heimarbeitersang. Unter dem Titel „Glendindustrie“ veröffentlicht der konservative Reichsbote einen längeren Artikel, der sich mit der Lage der Heimarbeiter beschäftigt. Von einer gesetzlichen Regelung der Heimarbeitersang will das konservative Blatt nichts wissen. Dagegen hat das Blatt einen andern Plan. Es schließt seinen Artikel wie folgt:

Wohl aber scheint uns hier für die staatshaltenden Parteien ein dankbares Feld erfolgreichster Tätigkeit gegeben zu sein. Die armen Heimarbeiter bedürfen der Organisation. Das heißt unzweifelhaft fest. Ohne verständige Organisation werden sie niemals eine Lohnaufbesserung erreichen, die ihnen ein menschenwürdiges Dasein schafft, und ohne solche Lohnaufbesserungen werden die schönsten Gesetze für die Heimarbeiter ein Schlag ins Wasser sein. Darum empfehlen wir unsern Freunden dringend: „Geht hin in die Bezirke der Glendindustrie, organisiert die bellagerten Menschen, die der umsichtigen und wohlwollenden Führung bedürfen, aber tut Geld in Euren Beutel und fordert von den Ärmsten dieser Armen zunächst nichts.“

Die Konservativen müssen in großer Sorge um Wählerstimmen sein, daß sie sich so plötzlich der — Heimarbeiter in der Glendindustrie erinnern. Daß sie nichts von der Sache verstehen, beweist der Reichsbote durch seine eignen Ausführungen. Die Heimarbeiter sind so ziemlich die am schwersten zu organisierende Kategorie von Industriearbeitern. Wenn die Konservativen zu dem Zweck Geld in ihren Beutel tun, so werden sie es auch wohl weniger zur Organisation als zu Wahlbestechungen benutzen. Aber sie können da eventuell ein „blaues Wunder“ erleben. Diese fürchtbar gedrückte Menschenschicht mit Löhnen, die noch nie zum Leben ausgereicht haben, fühlt die neuesten Lebensmittelpreuerungen am schmerzhaftesten. Und die Heimarbeiter wissen, wenn sie diesen neuen schweren Druck zu verdanken haben. Da würden den Konservativen wohl nicht viel Vorbeeren beschieden sein, wenn sie dem Reichsboten folgen würden.

Die Wirkungen der Zündholzsteuer. Ueber die fürchtbaren Wirkungen der Zündholzsteuer auf die Arbeiter der fraglichen Industrie wird unsern Darmstädter Parteiblatt aus Michelstadt geschrieben:

Schon seit zwei Jahren dauert die Krise, unter der gerade die Zündholzarbeiter wie die Arbeiter der Hilfsbranchen schwer zu leiden hatten. Auch die hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen der Holzdraht- und Schwedenschachtelindustrie, welche einen Hilfsberufszweig der gesamten Zündholzindustrie bildet, sind durch die dauernden Verluste, welche die Verkürzung der Arbeitszeit mit sich gebracht hatten, in eine schwere Notlage geraten. Wie die Steuer gerabzu vernichtend gewirkt hat, ist aus folgenden Zahlen, welche wir der hiesigen Zündholzindustrie entnehmen, zu ersehen. Die Produktion der Schwedenschachteln betrug vom 1. Oktober 1908 bis 1. Oktober 1909, also im letzten Jahre vor Inkrafttreten des Zündholzgesetzes, 86 725 000, nach Inkrafttreten des Gesetzes aber nur noch 49 500 000. Noch deutlicher zeigt sich die Wirkung der Steuer in der Produktion des Holzdrahtes. In demselben Zeitraum wurden vor Inkrafttreten des Gesetzes 54 863 Faß, nach Inkrafttreten des Gesetzes jedoch nur 16 893 Faß Holzdraht hergestellt. In demselben Verhältnis steht auch die Summe des zur Auszahlung gelangten Arbeitslohnes. Während vom 1. Oktober 1908 bis 1. Oktober 1909 den Schwedenschachtelarbeitern und Arbeiterinnen 43 262,50 Mark und den Holzdrahtarbeitern 38 404,10 Mark ausbezahlt wurden, gelangten im gleichen Zeitraum des folgenden Jahres nur 24 750 Mark an die Schwedenschachtelarbeiter und nur 11 825,10 Mark an die Holzdrahtarbeiter zur Auszahlung. Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß im Verlaufe der letzten Jahre ungefähr ein Drittel der Beschäftigten diesen Berufszweig verlassen hat. Trotz dieser wesentlich verringerten Arbeiterzahl wurde bei reduzierter Arbeitszeit noch auf Lager gearbeitet, so daß wiederum eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten mußte.

Die Zündholzarbeiter in Michelstadt haben eine Petition um Entschädigung für die bereits erlittenen Schädigungen und die Entbehrungen, welche ihnen noch bevorstehen, an den Reichstag gerichtet.

Der christlichsoziale Generalsekretär Wallbaum und der „Scharfmacher“ Hindenberg. Herr Wilhelm Wallbaum hat während der Beratung der Finanzreform innerhalb der Reichstagsfraktion seiner Partei für die Ablehnung der Tabaksteuer Agitation getrieben. Diese Agitation hat er nicht im Auftrage der „Christlichen“ be-

trieben, sondern „wir haben ihn dazu veranlaßt und auch bezahlt“, sagt Herr Hindenberg. Der Generalsekretär Wilhelm Wallbaum hat von den jüdischen und liberalen Zigarrenfabrikanten und deren Geschäftsführer Hindenberg für seine Agitation den Tag 20 Mk. erhalten. Im Unmut über seinen Mißerfolg hat er dann erklärt: „Eigentlich müßten wir jetzt in Westfalen eine eigene Partei gründen“.

Arbeitersekretäre im Dienste der Unternehmer! Was sagen nun die christlichen Arbeiter?

„Christliche“ Organisationsgründer. Wie die Hauptmacher der verschiedenen Organisationen von Zentrums Gnaben „Hind in Hand“ arbeiten, davon liefert folgender Brief einen interessanten Beweis:

Verband der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln.
Dr. Otto Müller, Diözesanpfarrer.

M.-Glabbach, den 3. Januar 1911.
Herrn Baldes,
Geschäftsstelle des christlichsozialen Metallarbeiterverbandes, Aachen.

Sehr geehrter Herr Baldes!
Von Herrn Treffert bekomme ich Ihren Brief betreffend die Gründung einer Zählstelle der christlichen Gewerkschaften und eines Arbeitervereins für Bracheln. Es ist mal, wenn ich mich recht erinnere, einer von Bracheln bei mir gewesen und hat über die dortigen Verhältnisse gesprochen. Da haben wir uns in dem Sinne verständigt, soweit ich mich erinnere, daß Bracheln dem Arbeiterverein Erlelenz unterstellt werden sollte. Damals muß aber kein Vikar dort gewesen sein, weshalb ich diesen Vorschlag wohl gemacht habe. Jetzt ist ja ein Vikar dort. Nun wird sicherlich wohl in Bracheln die Gründung eines Arbeitervereins möglich sein. Sie müssen nun aber vorher sowohl mit dem Herrn Pfarrer wie mit dem Vikar sich darüber verständigen. Wenn beide damit einverstanden sind, so steht ja der Gründung prinzipiell nichts im Wege. Es wäre mir lieb, wenn Sie Freitag morgen, bevor Sie nach Bracheln kommen, eben in M.-Glabbach bei mir in meiner Privatwohnung, Staufensstraße 34, vorkommen wollten. So weit ist ja Erlelenz von M.-Glabbach nicht entfernt. Wir könnten uns dann noch näher besprechen. Daß von hier ein Redner dorthin geht, wird wohl nicht mehr möglich sein.

Mit freundlichem Gruß
Dr. O. Müller.

Dieses Schreiben bestätigt wiederum die alte Tatsache, daß als Gründer und Drahtzieher der christlichen Gewerkschaften die Geistlichkeit fungiert. Ohne Geistliche hätten die christlichen Gewerkschaften schon längst abgewirtschaftet. Wie aber werden erst die Geistlichen für diese Gewerkschaften eintreten, wenn dieselben sich den Befehlen des Papstes und der Bischöfe gehoramsam unterworfen haben.

Berichte.

Altenburg (S.-A.). Am 25. Februar fand hier im Gewerkschaftsheim eine Fabrikbesprechung sämtlicher Fabriken statt, in der 60 Mitglieder anwesend waren. Ueber den Kampf der Tabakarbeiter um ihre Existenz und den Arbeitgeberbund in der Tabakindustrie referierte Kollege Wiesen-Erfurt. Er verstand es, darzulegen, wie schwer unsere Lage ist, und wie es durch die Steuern immer schlimmer geworden ist, bis zu der letzten Steuer von 1909, durch die wir in die schwerste Lage geraten sind. Aus dieser suchen die Fabrikanten auch noch Nutzen zu ziehen und darum müssen wir Tabakarbeiter alle zusammenhalten, um für uns eine bessere Lage zu erkämpfen. In der Diskussion sprachen sich einige Kollegen der G. Schmidt'schen Fabrik über deren Böse aus. Im Schlußwort ermahnte Kollege Große alle Kollegen, daß sie künftig ebenso zahlreich wie heute zu den Versammlungen erscheinen möchten, denn nur durch festes Zusammenhalten könnte etwas erzielt werden.

Kundenbach a. d. R. In einer gutbesuchten Tabakarbeiterversammlung sprach am 5. März Kollege Stod aus Heidelberg über die Lage der Tabakarbeiter. Seine Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der Anwesenden. Durch verschiedene Betriebsversammlungen und energische Agitation haben wir nun hier über 50 Mitglieder erungen und es wird in nächster Zeit eine Zählstelle errichtet werden. Der Zusammenschluß hat auch bereits Erfolge zu verzeichnen, indem im Betriebe einige Verbesserungen erreicht, Verschlechterungen abgewehrt und bei einer Kraftprobe die Maßregelungen von 2 Kollegen rückgängig gemacht wurden. Das gibt zu den schönsten Hoffnungen Anlaß, und es wird sich hoffentlich bald Gelegenheit ergeben, in den überaus traurigen Verhältnissen der Tabakarbeiter eine Besserung herbeizuführen.

Deuben. Die hiesige Zählstelle hielt 4 Bezirksversammlungen ab, um den Mitgliedern mehr Gelegenheit zu geben, ihre Versammlungen zu besuchen. Das Thema für die Versammlungen war die gegenwärtige Situation im Tabakgewerbe mit besonderer Berücksichtigung der Zigarettenindustrie, der Tabaksteuer und ihrer Folgen. Referenten waren die Kollegin Stolz-Deubsen und Kollege Spengler-Deuben. Unter Gewerkschaftlichen wiesen die Kollegen Spengler und Barckmann darauf hin, daß die Ausgaben für Kartell, Sekretariat und Bibliothek gestiegen sind, und daß deshalb die Jahresversammlung beschlossen habe, vierteljährlich 20 Pfg. Sozialbeitrag zu erheben. Diesem wurde zugestimmt. Scharf kritisiert wurden die Mißstände bei der Firma Weiser, Pottschappel, die ihren Herrenstandpunkt den Arbeitern so recht fühlbar werden läßt. Herr Weiser selbst gehört dem Fabrikantenverein an, will aber nicht, daß sich seine Arbeiter organisieren und gibt ihnen den guten Rat, sich für die Beiträge kaufen zu lassen. Herr Weiser will aber die Organisation deshalb nicht, weil in den andern Betrieben die Tabakarbeiter bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse erungen und mit diesen Firmen Tarife abgeschlossen haben. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kolleginnen auf, das Gehörte zu beherzigen, da sie nur durch eine straffe Organisation bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse ergelien können. Auch den Zigarettenarbeitern sei zu raten, ihre Versammlungen besser zu besuchen, als sie das bisher getan haben, da ihre Verhältnisse nicht die rosigsten sind.

Driesen. Am 26. Februar fand hier eine sehr gutbesuchte Tabakarbeiterversammlung statt, zu welcher der Gauleiter Max Kiesel-Berlin anwesend war. Derselbe hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter. Er hob hervor, wie bei der ersten Steuer, welche dem Tabak auferlegt wurde, als die Arbeiter noch nicht organisiert waren, ein großer Teil derselben den deutschen Staat von den Füßen schütteln mußte. Bei der letzten Steuer vom Jahre 1909 dagegen, welche die Tabakarbeiter ebenfalls schwer betroffen hat, konnten sie sich dank ihrer Organisation einigermassen über Wasser halten. In der Diskussion sprachen mehrere Kollegen und wiesen besonders darauf hin, daß das Verbandsorgan und das Märkische Parteiblatt recht eifrig gelesen werden müsse. Ferner müssen die uns noch fernstehenden Kolleginnen dem Verbande zugeführt werden. Denn nur Einigkeit macht stark. Kollege Kiesel ergriff nochmals das Wort, um zu treuem Zusammenhalten zu ermahnen, dadurch werden wir alle Gefahren leichter überwinden. Hierauf schloß der 1. Bevollmächtigte die Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiterverband. Nach Schluß der Versammlung meldeten sich mehrere Kolleginnen zur Aufnahme.

Dresden. Am 24. Februar fand im Körnergarten eine Mitgliederversammlung statt. Den Jahres- und Kasienbericht erstattete Kollege Schmidt. Das vergangene Jahr wurde ungünstig

Unser Verband.

Wie allgemein bekannt, litt die deutsche Tabakindustrie, besonders das deutsche Zigarrengewerbe, auch im verflossenen Jahre noch schwer unter den Wirkungen des Tabaksteuergesetzes vom Jahre 1909. Anbauende Geschäftstodungen zeigten sich häufig, die den Tabakarbeitern wiederholt Feterschichten von ungewöhnlicher Länge brachten und andererseits zu umfangreichen Arbeiterentlassungen führten. Am fühlbarsten zeigten sich diese folgenschweren Wirkungen in den norddeutschen und teilweise auch in den mitteldeutschen Zigarrenindustriebezirken, während die süddeutschen Zigarrenindustriebezirke verhältnismäßig weniger schwer getroffen worden sind. Viele Tabakarbeiter, organisierte und unorganisierte, die von Arbeitslosigkeit betroffen wurden und keine Möglichkeit sahen, in der Tabakindustrie ein Unterkommen wieder zu finden, sind zu andern Berufen schließlich übergegangen.

Diese Unsicherheit im Tabakgewerbe mußte hemmend auf die weitere Ausbreitung der Organisation und ihre Tätigkeit auf dem Gebiete des Lohnkampfes wirken. Aber unbeschadet all dieser Hemmnisse gelang es doch, in der Organisation recht erfreuliche Fortschritte zu machen. So stieg die Zahl der Ortsvereine um 11 und die Zahl der Mitglieder um 1421. Es betrug nämlich die Zahl der Ortsvereine und die Zahl der Mitglieder am Schlusse

1909: 450 Ortsvereine, 32 625 Mitgl., davon 15 080 weibl. Mitgl.
1910: 470 " 34 046 " 16 474 "

Zunahme 11 Ortsvereine, 1 421 Mitgl., davon 1 385 weibl. Mitgl.

Auch an innerer Festigkeit hat der Verband gewonnen, da auch seine Mittel erneut eine Kräftigung erfuhren. Das Vermögen des Verbands, welches am Schlusse 1909 334 191,15 Mk. betrug, ist bis zum Schlusse 1910 auf 425 639,37 Mk. gestiegen. Der Kassenbestand betrug nämlich am Schlusse

1909: a. Hauptkasse 258 477,91 Mk., b. Zahlstellen 80 713,24 Mk.
1910: a. " 332 992,96 " b. " 92 646,41 "

Der Barbestand steigerte sich demnach um 91 448,22 Mk. Außerdem ist in den Lokalkassen der Zahlstellen noch ein Kassenbestand von 50 403,59 Mk. vorhanden.

Diese verhältnismäßig guten Fortschritte werden von allen Mitgliedern des Verbands mit Freuden begrüßt werden und sicherlich für sie ein Ansporn sein, auch in diesem Jahre recht tüchtig für die weitere Ausbreitung und Erhaltung des Verbands zu wirken. Hierzu ist schon der Anfang mit guten Erfolgen gemacht. Täglich steigt die Mitgliederzahl und vergrößert sich die Mittel. Deshalb ans Werk, Kollegen! Die errungenen Erfolge werden die Tätigkeit belohnen.

Noch einmal der Frauentag.

Die alljährlich erscheinenden Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten sowie die sonstigen amtlichen Veröffentlichungen über den Stand der Arbeiterschutzesetzgebung in Deutschland zeigen mit zwingender Deutlichkeit, daß auch dieser Zweig der Sozialgesetzgebung nicht entfernt den Anforderungen entspricht, die an einen wirksamen Arbeiterschutz gestellt werden müssen. Die Unternehmer stehen der Einführung eines ausreichenden Arbeiterschutzes ablehnend gegenüber und begründen ihre Haltung mit dem Hinweis auf die große Belastung der Industrie durch die Sozialgesetzgebung, die die deutsche Industrie gegenüber der des Auslandes nicht konkurrenzfähig bleiben ließe.

Ein ausreichender Arbeiterschutz, und dazu gehören unter anderm geregelte Arbeitszeit, gesunde Arbeitsräume, Schutzvorrichtungen an den Maschinen, würde den Gesundheitszustand der Arbeiter und Arbeiterinnen und damit zugleich deren Leistungsfähigkeit nicht unbedeutend heben. Diese läge auch durchaus im Interesse des Unternehmertums und der Industrie. Eine körperlich gut entwickelte Arbeiterkraft würde aber auch geistig sich auf eine höhere Stufe stellen können und dann leichter in der Lage sein, die drückende Lage, in der die arbeitende Bevölkerung lebt und die Gründe hierfür zu erkennen, als dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Fall ist. Diese Entwicklung fürchten die Unternehmer. Noch heute ist weitens Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht bekannt, daß die Ursache des Sträubens des Unternehmertums nicht die Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenüber der des Auslandes ist, sondern das Streben, die Betriebsunkosten möglichst niedrig zu halten, um recht hohe Profite zu erzielen. Nur aus diesem Grunde stehen auch die bis jetzt vorhandenen durchaus unzureichenden Arbeiterschutzeschriften bis heute noch sehr häufig bloß auf dem Papier.

Die behördlicherseits eingesetzte Gewerbeaufsicht ist nicht imstande, die Betriebe daraufhin zu kontrollieren, ob die Einrichtungen den behördlichen Anordnungen entsprechen, da einmal die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten hierzu nicht ausreicht, auch die Art der Kontrolle nicht geeignet ist, die vorhandenen Ungehelichkeiten erkennen zu lassen. Bis zum Schluß des Jahres 1909 hatten wir in Deutschland nur 484 Gewerbeaufsichtsbeamte für 264 431 revisionspflichtige Betriebe. Es ist deshalb ersichtlich, daß immer nur etwas mehr als die Hälfte dieser Betriebe kontrolliert werden konnten. Um die vorhandenen Schäden und Ungehelichkeiten zu erkennen, müßten auch Leute aus Arbeiterkreisen zu den Kontrollen herangezogen werden. Aber alle Forderungen, die Gewerbeaufsicht nach dieser Richtung zu ergänzen, die Zahl der Beamten zu vermehren, um eine wirksame Kontrolle zu ermöglichen, waren bisher vergeblich, ebenso das Verlangen, weibliche Beamte in größerer Zahl heranzuziehen. Bis jetzt sind erst 29 Frauen in der Gewerbeaufsicht tätig. Bei der großen Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen ist aber die Heranziehung weiblicher Kräfte namentlich in Rücksicht auf die Durch-

führung des sanitären Arbeiterschutzes eine dringende Notwendigkeit.

Weil aber die Schaffung eines ausreichenden Arbeiterschutzes für die Unternehmer die Gefahr auf Rückgang ihres Profits bedeutet, werden diese freiwillig niemals einen solchen einführen. Der Einfluß des vereinigten Unternehmertums auf die Regierung und die Parteien, die heute noch in den Parlamenten die Mehrheit haben, ist aber so groß, daß die Arbeiterschaft nicht darauf rechnen kann, in absehbarer Zeit einen ausreichenden gesetzlichen Arbeiterschutz zu erhalten. Die Forderungen der Arbeiterschaft ließen sich aber ohne Schaden für die Industrie heute schon erfüllen. Berücksichtigung werden sie aber trotzdem erst dann finden, wenn die Gesetzgebung aufhört, eine Interessenvertretung eines verhältnismäßig kleinen Teils der Bevölkerung zu sein.

Die männliche Bevölkerung kann hierzu beitragen, da ihr das Wahlrecht zu den gesetzgebenden Körperschaften zusteht. Dies Recht nun auch den erwachsenen Mädchen und Frauen zu erringen, ist Aufgabe des für den 19. März d. J. festgesetzten Frauentags.

Die Versammlungen, die an diesem Tage stattfinden, müssen durch den Massenbesuch aus den Reihen der Arbeiterinnen und Arbeiterinnen zeigen, daß diese die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts erkannt haben und gewillt sind, für die Erringung dieses Rechts energisch einzutreten. Das politische Wahlrecht ist eine bedeutende Waffe im Kampfe für die Verbesserungen der Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Die politische Gleichberechtigung würde der beschlossenen weiblichen Bevölkerung die Möglichkeit geben, diesen bisher von der männlichen Bevölkerung allein geführten Kampf zu unterstützen und auf diese Weise schneller zu erreichen, daß neben andern auch die in bezug auf Arbeiterschutz gestellten Forderungen Beachtung finden.

Christliche Gewerkschaften und Schutzzollpolitik.

Das Organ der christlichen Holzarbeiter, Der Holzarbeiter, befaßt sich in seiner Nummer vom 24. Januar in einem längeren Artikel mit der Frage des Freihandels und Schutzzollsystems. Interessant sind die einleitenden Sätze des Artikels. Es heißt da:

Nicht lange mehr wird es dauern, und die Zolldebatten werden im deutschen Volke einsetzen. Mit Leidenschaftlichkeit werden die Fragen erörtert werden, ob für das deutsche Volk und die deutschen Arbeiter der Schutzzoll angebracht ist oder der Freihandel, ob unter dem Schutzzollsystem dieser oder jener Erwerbsgruppe ein größerer Schutz ihrer Erzeugnisse gegen die ausländische Zufuhr zugesichert werden soll. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird und kann sich nicht in die Kämpfe um die Gestaltung der Zolltarife einmischen, da ihr Aufgabengebiet hier nicht zu suchen ist. Sie überläßt aber den einzelnen angeschlossenen Verbänden, sich mit den Spezialzollfragen zu beschäftigen, die den Beruf der in Betracht kommenden Mitglieder betreffen. Andre als diese Fragen scheiden völlig aus, besonders aber die Frage der Verzollung der Lebensmittel. Das Interesse, das die Arbeiterschaft an letztgenannter Frage hat, muß in andern, geeigneteren Organisationen, den politischen Parteien, zum Ausdruck gebracht werden.

Gewiß, nicht lange wird es dauern, und über die Wirtschaftspolitik in Preußen-Deutschland werden ernste Auseinandersetzungen vor sich gehen. Wird doch der kommende Wahlkampf unter dem Zeichen der gesteigerten Erregung gegen die wirtschaftspolitische Ausbeutung der deutschen Arbeiterklasse stehen. Aber man wird in diesen Debatten mehr nach dem Hemde fragen, da es uns näher liegt wie der Rock. Oder besser gesagt, die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird dafür Sorge tragen, daß für den kommenden Wahlkampf nicht das Kampffeld verschoben wird.

Wie man in letzter Zeit vielfach bemerken konnte — auch der Artikel des Holzarbeiters ist ein Schulbeispiel hierfür —, soll der Versuch gemacht werden, die Folgen der Finanzreform zu verkleinern mit dem Hinweis auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Unter dem Schutzzoll sei Deutschland wirtschaftlich erstarkt! Durch den Schutzzoll allein! Wir werden diesen politischen Jesuitenkniffen, mit denen vor allen Dingen das Zentrum und die christlichen Gewerkschaften zu operieren gedenken, zur rechten Zeit mit rechten Waffen begegnen. An dieser Stelle interessieren uns die oben wiedergegebenen Sätze des christlichen Organs. Das Blatt spricht mit sehr großer Klarheit aus, daß die christliche Gewerkschaftsbewegung sich nicht in die Kämpfe, in die Gestaltung der Zolltarife einzumischen hat. Im gleichen Artikel lobt es in einem Atem die Schutzzollpolitik über das Schellendaus! Aber was den gesamten christlichen Gewerkschaften verlagert sein soll, ist, nach dem Holzarbeiter, den einzelnen christlichen Verbänden kein Kräutlein rühr' mich nicht an. Diese sollen bezw. dürfen sich mit den einzelnen Spezialzollfragen beschäftigen! Hebt dieser Satz den vorhergegangenen im christlichen Organ auch auf, daß stört das Blatt nicht. Das ist eben christliche Konsequenz. Handelt es sich z. B. um die Tabaksteuer bezw. den Tabakzoll, gut, mögen die Tabakarbeiter grollen. Die christliche Organisation der Tabakarbeiter wird mit Eingaben vorgehen, im übrigen aber alles tun, daß den Bewilligern der Tabaksteuer Ernsthaftes nicht in den Weg gelegt wird. Die christlichen Tabakarbeiter sehen, daß ihre Organisation „bemüht“ ist, gegen Tabaksteuer und Tabakzoll vorzugehen, aber wenn kein Erfolg zu erzielen ist, so wird man sagen, es liege das an den Parteien, die irgendwelche Finanzreform oder Zolltarifgesetze nicht ohne Tabaksteuer bezw. Zölle machen wollten. Macht das Zentrum mit den Zollwuchern gemeinsame Arbeit, so wird diese Partei schon Gründe finden, um sich herauszullügen: das Zentrum wird von „höherem Interesse“ sprechen, wird die Tabakarbeiter auf bessere Zeiten vertrösten, und wenn gar nichts hilft, holt man das alte Universalmittel herbei: die Religion! Dann ist die Kirche in Gefahr, die Dichter am Himmel sollen dann den Gläubigen gestohlen werden und wer weiß, was man sonst noch zum Zwecke der Beruhigung und Volksverdummung als Ausreden auf dem Stapel hat. Die schwarzen Füchse sind eben eine schlaue Gesellschaft.

Solche christlichen Gewerkschaften, die durch Spezialzölle nicht direkt berührt werden, werden ihren Mitgliedern plausibel machen, daß von wegen der „Neutralität“ die Organisation keine Stellung nehmen darf. Mag man Arbeiter ausrändern und ausplündern, wie man will, die Neutralität gebietet, daß wir, die Christlichen, der Ausplünderung ruhig zu-

sehen, vor allen Dingen, wenn es sich um die Frage der Lebensmittelverteuerung handelt! Diese Frage geht nach dem Holzarbeiter die christlichen Gewerkschaften gar nichts an!

Die Fragen der Lebensmittelverteuerung, also auch die der Lebenshaltung, dürfen nur in „geeigneten (lies: politischen) Organisationen“ angeschnitten werden. Dort, wo die christlichen Arbeiter erst recht nichts zu sagen haben, wo man ihnen erklären wird, daß sie im Namen der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ in der Zentrumspolitik den Mund zu halten haben. Wer mußte, dem werden Daumenschrauben aufgesetzt, was dann die christlichen Arbeitervertreter in den politischen Parteien sehr gut begreifen werden. Was geht die christlichen Gewerkschaften es an, wenn die Lebensmittel verteuert werden sollen! Die rechtzeitige Auflehnung dagegen ist Bruch der gewerkschaftlichen Neutralität. Sollen die Arbeiter klagen, oder lassen sich Klagen nicht aufhalten, dann, bitte später, wenn das Werk der Volksausplünderer vollbracht ist. Warum sollten dann auch christliche Gewerkschaftsführer und Organe nicht Mitgefühl haben mit ihren christlichen Mitbrüdern, denen der Hunger an die Magenwände schlägt? Wir beobachten in den letzten Monaten christliche Lohnbewegungen, wo sogar solche christlichen Gewerkschaftsführer, die bei der letzten Reichsfinanzreform und schon früher kräftig mithalfen, durch die ungerechtesten Steuern und Zölle die Arbeiterfischen zu leeren, selbst mit in Klagen über die Wirkung ihrer eigenen Taten einstimmen. Für ein solches Benehmen muß noch erst das rechte Wort geschaffen werden. Erst hilft man sein mit, die Volksgruben für die christlichen Arbeiter auszugraben, und, wenn diese, vom Unglück verfolgt, hinein stürzen müssen, dann setzen sich die christlich-zentristischen Drahtzieher am Rande hin und befehlen die Scherzen der armen Geschwundenen da unten im Wolfsloch!

„Nur ein Gramm“ Fleischnot.

Der Versuch der Organe der Konservativen und des Bundes der Landwirte, den Rückgang des Fleischkonsums gering erscheinen zu lassen durch die Feststellung, daß er täglich auf den Kopf der Bevölkerung nur ein Gramm ausmache, ist schon mit Recht als arge Entstellung bezeichnet worden. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß der Gesamtverbrauch an Fleisch im Deutschen Reich im Jahre 1910 um viele Millionen Kilogramm geringer gewesen ist als in den Vorjahren.

Aber so allgemeine Feststellungen beweisen noch lange nicht die ganze Größe des Elends der Volksernährung. Der Durchschnittsverbrauch an Fleisch ist immer höher als der Verbrauch in der Arbeiterfamilie. Die Ziffer des durchschnittlichen Konsums wird von dem stärkeren Verbrauch der Wohlhabenden und Reichen stark beeinflusst. Durchschnittsziffern über den Verbrauch von Nahrungsmitteln ohne Unterscheidung nach Höhe des Einkommens besagen also für die wirkliche Lebenshaltung sehr wenig. Wieviel niedriger der Fleischverbrauch in Arbeiterfamilien ist, als dem Durchschnitt des gesamten Fleischverbrauchs entspricht, wissen wir aus amtlichen Erhebungen. Das Kaiserliche Statistische Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, hat im Juni 1909 die Wirtschaftsrechnungen von 852 Familien veröffentlicht. In einem besonderen Abschnitte dieses materialreichen Werks, das auf Erhebungen beruht, die während eines vollen Jahres (1907) gemacht worden sind, werden auch für 150 Arbeiter- und 60 Beamtenfamilien Angaben über den faktischen Verbrauch von Nahrungsmitteln und Genussmitteln gemacht. Die hierbei festgestellten Ergebnisse weichen aber von den Durchschnittszahlen, die aus der Schlachtungs- und Ausfuhrstatistik berechnet sind, so erheblich ab, daß auch das Statistische Amt auf die Differenz aufmerksam macht.

Während nach der oben erwähnten Schlachtungs- und Ausfuhrstatistik der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1907 52,93 Kilogramm ausmacht, wurden in den 150 Arbeiterfamilien, deren Haushaltsbücher für das Jahr 1907 das Statistische Amt bearbeitet hat, nur durchschnittlich 27,5 Kilogramm Fleisch pro Kopf verzehrt. Und diese Familien gehörten noch nicht zu den am schlechtesten gestellten Arbeiterschichten, wie die Einkommenshöhe beweist. Von ihnen hatten ein Jahres-einkommen: von 900 bis 1200 Mk. 4 Familien, von 1200 bis 1600 Mk. 35 Familien, von 1600 bis 2000 Mk. 71 Familien, von 2000 bis 3000 Mk. 40 Familien. Die durchschnittliche Kopfstärke der Familien betrug 4,76, sie entspricht also fast genau dem Reichsdurchschnitt (4,70).

Wenn also diese Familien, die sich eines Einkommens erfreuten, das das durchschnittliche Einkommen der deutschen Arbeiter übersteigt, bei weitem nicht das Quantum Fleisch verzehren konnten, das die amtliche Statistik für den Kopf der Bevölkerung berechnet, so ist ohne weiteres klar, daß der Fleischverbrauch der großen Masse der Arbeiter noch weit mehr hinter dem Durchschnitt zurückbleibt. Der Durchschnittsverbrauch an Fleisch betrug

bei den	pro Familie pro Kopf
4 Familien m. Ausgabe von 900—1200 Mk.	auf 106,1 kg 30,28 kg
35 " " " 1200—1600 "	" 112,8 " 26,6 "
71 " " " 1600—2000 "	" 128,0 " 26,7 "
40 " " " 2000—3000 "	" 153,8 " 30,0 "

Der relativ hohe Konsum in den Familien der ersten Stufe erklärt sich durch die geringe Anzahl der Familien und dadurch, daß die Kopfstärke dieser Familien nur 3,50 betrug.

In den 60 Beamtenfamilien, deren durchschnittliches Einkommen höher ist, als das der Arbeiterfamilien, ist der Fleischkonsum etwas größer, erreicht aber mit 33,7 Kilogramm bei weitem auch nicht die Höhe des Reichsdurchschnitts mit 52,93 Kilogramm.

Wenn nun seit 1907 der Gesamtverbrauch von Fleisch zurückgegangen ist, so werden hiervon sicher auch wieder am meisten die Arbeiter betroffen. In den Arbeiterfamilien wird der größte Teil der Ausgaben für Nahrung aufgewendet. Auch nach der Arbeit des Statistischen Amtes werden in den minderbemittelten Familien für nicht dem Lebensunterhalt im engsten Sinne dienende Zwecke so geringe Ausgaben gemacht, daß hierin eine Einschränkung gar nicht möglich ist. Nur absolut und relativ sehr geringe Beträge, nämlich 100 bis 120 Mk., zirka 10 bis 12 Prozent der Jahresausgabe, werden in den ärmeren Familien für „Sonstiges“, wie es in der amtlichen Statistik heißt, aufgewendet, d. h. für andre Zwecke als Nah-

zung, Kleidung und Wohnung. Die wohlhabenderen Familien mit zirka 5000 Mk. Einkommens geben dagegen nur zirka ein Drittel ihres Einkommens für Nahrung aus und können ebensoviel oder noch mehr für nicht zum nackten Lebensunterhalt notwendige Dinge verwenden. Der geringe Fleischkonsum der Arbeiter, wie ihn die Statistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes ergibt, beweist, daß die große Masse der Arbeiter faktisch an chronischer Unterernährung leidet. Jede Einschränkung des Fleischkonsums vergrößert das Elend. Es mit Späßen abzutun, wie das die agrarische Presse versucht, ist die denkbar größte Freivolität.

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Kaisersesch i. d. Gifel. Die Aussperrung bei der Firma Gebr. Schabarum dauert fort. Mit Recht weigern sich die Kollegen, aus dem Verband auszutreten, wobei sie nachdrücklich vom Verband unterstützt werden. Die Firma Gebr. Schabarum soll erfahren, daß die Kollegschaft es versteht, jeden Koalitionsverächter in die Schranken zurückzuwerfen.

Spenge (Westfalen). Der Streit bei der Firma Schünhoff u. Niemeier (Sig Herford) dauert fort. vor Zugang wird gewarnt.

Schönau (Württemberg). Der Streit bei der Firma G. Schrägel dauert fort. Vor Zugang wird gewarnt.

Halle a. S. Der Streit bei der Firma W. Hänisch, die Tarifbruch begangen hat, dauert unverändert weiter.

Frankenberg i. S. Bei der Firma Th. Wagner zeitigte ein Vorgehen eine Lohnzulage, die für 14 Sorten 25 Pfg., für 17 Sorten 50 Pfg. pro Mille betrug. Außerdem wurde den Sortierern noch Lohnerhöhung in Aussicht gestellt. Die Jurichter erhalten den Tabak feucht zugewogen.

Goh. Bei der Firma Gebrüder Blum sind wegen Einführung neuer Fassons Differenzen ausgebrochen.

Altenbuch a. E. Die bei der Firma H. Bode u. Sohn eingeleitete Lohnbewegung endete mit gutem Erfolg. Die Firma bewilligte den geforderten Minimallohn von 9 Mk. pro Mille bei entrippter und aufgesetzter Decke, angefeuchtetem Umblatt und entrippter Einlage. Die hierzu errungenen Lohnzulagen betragen 25 Pfg. bis 3.75 Mk. bei 23 Sorten.

Siepen bei Bielefeld. Die Firma H. Horstlötter, die den Heimarbeitern den für Heimarbeit in Ansatz gebrachten Lohnzuschlag nicht zahlte und deshalb bekämpft wurde, ordnete an, daß der Heimarbeiter in der Fabrik arbeiten soll, zu Löhnen, wie sie für die Fabrikarbeiter festgelegt wurden.

Siepen bei Bielefeld. Die beschäftigten Heimarbeiter der Firma H. Blome erhielten den für Heimarbeit ausbedungenen Lohnzuschlag nicht gezahlt. Die hiergegen eingeleitete Bewegung war erfolgreich. Die Firma ver-

pflichtete sich, den Heimarbeitern für nicht zu lieferndes zubereitetes Material Lohnzuschläge von 50 Pfg. und 1 Mk. pro Mille zu zahlen. Dazu wurden die eingeführten neuen Sorten um 50 Pfg. und 1 Mk. pro Mille erhöht.

Bielefeld (Westf.) Die Firmen H. Faust und H. Posteler zahlten den beschäftigten Heimarbeitern den für Heimarbeiter in Ansatz gebrachten Lohnzuschlag nicht. Hiergegen wurde Front gemacht und erreicht, daß die Firmen sich verpflichteten, die angelegten Lohnzuschläge zu zahlen. Außerdem wurden die Löhne für die mittlerweile eingeführten neuen Sorten entsprechend des Minimallohnes erhöht. Die Lohnerhöhungen betragen 50 Pfg. pro Mille.

Scharmbed. Hier und in der Umgegend herrscht zurzeit Arbeitslosigkeit, weshalb der Zugang zu meiden ist.

Außerdem ist der Zugang fernzuhalten nach:

Dahme i. M.: Firma H. G. Loel.

Ludau (Provinz Brandenburg).

Schwäbisch-Hall: Firma R. Neumann.

Delinghausen und Pippinghausen: Firma Böhle u. W. H. H. H.

Woltersdorf: Firma G. Wustrow.

Hildesheim, weil am Ort noch arbeitslose Kollegen genügend vorhanden sind.

Schweiz. Alle in der Schweiz Arbeit nehmenden Zigarrenarbeiter wollen sich behufs Annahme von Arbeit im eigenen Interesse zuerst an den Sekretär E. Thies, Bern, Kapellenstraße 6, der Sektion der Tabakarbeiter, des Verbandes der Lebens- und Genussmittelarbeiter der Schweiz, wenden.

Achtung, Tabakarbeiter. In Schönau und Stuttgart (Württemberg) befinden sich die Tabakarbeiter im Abwehrstreik und im Kampf um Aufbesserung ihrer traurigen Lage. Um letzteres zu erreichen, schlossen sich die Arbeiter dem Deutschen Tabakarbeiterverband an. Die Firma Gotthilf Schrägle entließ darauf 10 bis 15 Jahre lang beschäftigte Arbeiter, 14 an der Zahl, darunter den Ortsvorsitzenden der Organisation. Durch diesen Terrorismus glaubte die Firma die Organisation am Orte sprengen zu können. Die gesamten Kollegen der Entlassenen erklärten sich mit diesen solidarisch, forderten Zurücknahme der Maßregelung, Wiedereinstellung der Entlassenen und außerdem 75 Pfg. Lohnerhöhung für Zigarren mit Widel pro Mille. Bei der Firma G. Bodenheimer, bei der die Löhne noch niedriger sind als bei Schrägle, stellten die Arbeiter Lohnforderungen. Beide Firmen lehnten Unterhandlungen und Entgegenkommen ab, die Arbeiter reichten ihre Kündigung ein und legten nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeit nieder. Durch die Gauleitung angebahnte Unterhandlungen wurden ebenfalls abgelehnt. Beide Orte und die Betriebe beider Firmen sind seitens der Organisation gesperrt; die Kollegen wollen sich dieses merken. Alle, beide Firmen betreffende Mitteilungen über Produktionserweiterung oder Absatzgebiet wolle man umgehend an untenstehende Adresse melden. Im

Ausstand befinden sich 245 Personen, darunter viele Familienväter.

Ad. Heising, Gauleiter, Stuttgart 13, Florianstr. 8, I.

Christlicher Rückzug. Die täppischen Verleumder der christlichen Tabakarbeiterzeitung treten auf unsre Festnagelung hin wieder einmal den Rückzug in den Briefkasten ihres Blattes an. Das ist belustigend. Sobald sie einmal auf die Finger geklopft worden sind, flüchten sie sich unter albernem Gewäsch in den Briefkasten ihres Organs. So auch jetzt wieder.

Doch auch aus dem Briefkasten heraus schleudern sie noch eine Dummheit in die Welt, die uns anmutet, als ob der Mops den Mond anbellte.

Weil wir die systematische kapitalistische Ausbeutung in der bürgerlichen Wirtschaftsmethode konstatierten, der alles unterworfen ist, sollen wir damit die Ueberflüssigkeit unsres Blattes und die Zwecklosigkeit der Gewerkschaftsbewegung dargetan haben. Wer's nicht glaubt, der lese den Unsinn im Briefkasten der Nr. 9 jenes Blattes nach.

Was sich doch die christlichen Arbeiter alles bieten lassen müssen!

Gau 7.

Das Jahr 1910 ist mit vollem Recht als das Hungerjahr der deutschen Tabakarbeiter bezeichnet worden. Solange es eine Tabakindustrie gibt, wird noch kein so schlechtes Jahr zu verzeichnen gewesen sein.

Im 7. Gau hat die Wertsteuer sehr schweren Schaden angerichtet. Die Zahl der vollständig entlassenen Arbeitskräfte war zwar keine so große, weil das hier nicht gut geht, indem man es fast allgemein mit sechshundert Arbeitern zu tun hat, und man dann später, wenn wieder Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, dieselben nicht von auswärts holen kann, weil wegen der äußerst niedrigen Löhne auch kein fremder Arbeiter hier bestehen könnte. Dafür war es aber allgemein Gebrauch, daß die Arbeiter wochenlang aussetzen mußten; es gab Firmen, bei denen die Arbeiter im Jahre 1910 im ganzen 26 Wochen feiern mußten. Eine Anzahl Fabrikanten ließ nur 4½ bis 5 Tage in der Woche arbeiten, andre wieder hatten Stückzahl eingeführt, und es gab vielfach nur 300 Widel den Tag. Die Klagen über schlechtes Material waren fast allgemein; ferner wurde auf möglichst sparsames Arbeiten gedrungen. In den meisten Fabriken wurden neue Sorten eingeführt, wofür man noch geringere Löhne festsetzte; hauptsächlich in den Orten, wo noch keine Organisation bestand. Soweit es zu ermitteln war, sind im 7. Gau 15 Fabriken eingegangen. Ein Teil der Mitglieder ist nach andern Gauen verzogen, ein anderer zu andern Berufen übergegangen. In mehreren Orten, wo die Organisation noch keinen Fuß fassen konnte, die Arbeiter aber ebenfalls feiern mußten, mußten diese Arbeiter nicht, daß sie das Recht auf Staatsunterstützung hatten, und die Fabrikanten, die es doch sicher wußten, hatten nichts für ihre Arbeiter getan. Das ist auch wieder ein Beweis für die Notwendigkeit der Organisation.

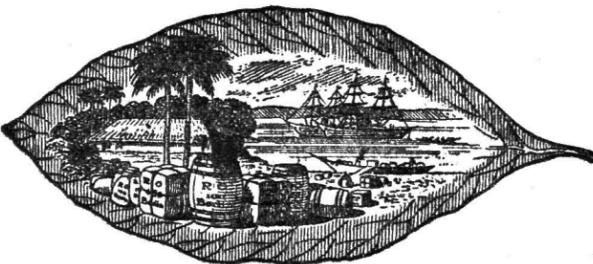
So viel steht fest: im 7. Gau hat es nur sehr wenige Arbeiter gegeben, welche durch die Tabaksteuer keinen Schaden hatten. Angesichts solcher Verhältnisse sollte man meinen, daß sich die Tabakarbeiter von Zentrum, Antisemiten und Konservativen abwenden würden, die doch alle das Unheil verschuldet haben; aber leider sind erst recht wenige auf den rechten Weg gekommen. So äußerte sich in Kleinhausen ein Zigarrenmacher

Motto: Glaube nicht allzuschnell,
nicht einem, nicht allen, nicht alles.
Forsche, vergleiche, erwäge!
Finde die Wahrheit heraus!

Haug.

ROBERT OEHLE

ROHTABAK-
HANDLUNG



BERLIN SO. 26
Nr. 2 COTTBUSER Nr. 2
STRASSE Nr. 2

bittet alle Interessenten um gefällige Beachtung der dieser Zeitung
beiliegenden

neuesten Preisliste.

Wer Geld sparen, wer Geld verdienen will, mache einen Versuch!

als echter Zentrumsmann: Ich wollte, das Zentrum machte noch zehn solcher Tabaksteuern. Man sollte es nicht für möglich halten, daß es erwachsene Männer gibt, welche sich so willenlos den Zentrumsplänen ergeben. Die Kugel und der Beichtstuhl werden mißbraucht; anstatt der Religion zu dienen, wird Politik getrieben, gegen die freien Gewerkschaften und die Parteipresse gebontert. Wenn die Herren Geistlichen nach ihren religiösen Grundsätzen handeln wollten, müßten sie die Bestrebungen der Arbeiter unterstützen, welche darauf gerichtet sind, ihre Berufsverhältnisse zu verbessern.

Es muß eben hier noch sehr viel Aufklärungsarbeit geleistet werden; ein einzelner kann solche riesenhafte Leistung nicht vollbringen, es sollten da alle aufgeklärten Kollegen und Kolleginnen mithelfen.

In der Zigarettenbranche hat die Maschine die Zahl der beschäftigten Arbeiter weiter herabgedrückt, jedoch hat es den Anschein, als ob einige Fabrikanten wieder zur Handarbeit übergehen wollten. Auch in der Rau- und Rauchtobakbranche war der Geschäftsgang sehr schleppend, und es wird über schlechtes Material geklagt. Es gibt immer noch Fabrikanten, welche sich nicht an die neue Zeit gewöhnen wollen; die jahrzehntelange Organisationslosigkeit der Arbeiter hat einen solchen Herrenstandpunkt bei manchen Fabrikanten hervorgebracht, daß dadurch selbst die ostelbischen Junker in den Schatten gestellt werden. Aber sie werden sich doch daran gewöhnen müssen, daß auch die Arbeiter ihre Vertretung haben.

Zur Agitation wurden 76 öffentliche Versammlungen abgehalten, ferner 14 Besprechungen und Sitzungen.

Zu Lohnbewegungen wurden 22 Fabrikversammlungen abgehalten.

Mitgliederversammlungen fanden 21 statt, in welchen meistens Verbandsangelegenheiten geregelt wurden. Ein Flugblatt wurde in fast allen Orten des Gauces verteilt. In einer Anzahl Orte fanden Hausagitationen statt, welche teilweise Erfolg aufwiesen. Ferner fanden drei Bezirkskonferenzen statt, und zwar in Sieben, Diebrich und Offenbach a. M. Durch die Agitation gelang es, in vier Orten Zahlstellen zu gründen, und zwar in Videnbach, Fränkisch-Crumbach, Niederrodendach und Steinau. Letztere Zahlstelle hat sich so gut entwickelt, daß dort fast alles organisiert ist. Eingegangen sind die Zahlstellen Großhausen, Reiskirchen, Sollar und Lampertheim. Es fehlt uns vielfach an geeigneten Kräften, um die Verbandsgeschäfte zu führen. Auch wird der Beschluß des Gewerkschaftskongresses, daß jeder freigewerkschaftlich Organisierte die Pflicht hat, seine Angehörigen ihren Berufsorganisationen zuzuführen, in vielen Orten nicht befolgt. Es wird noch oft auf diesen Beschluß hingewiesen werden müssen.

Zigarrenfabriken, welche mit dem Verband einen Tarif abgeschlossen haben, sind: E. Schrempf-Diebrich, R. Knaf-Sanau, Genossenschaftsfabrik-Sieben.

Lohnbewegungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ohne Streik fanden statt in Würzburg. Die Firma Schürer bewilligte 20 bis 50 Pfg. pro Mille mehr; in Betracht kamen dabei 106 Personen. In Klein-Krogenburg bewilligte die Firma J. M. Kopp für Zigarrenmacher 20 bis 30 Pfg. für Wickelmacher 10 Pfg.; in Dainstadt 20 bis 30 Pfg. und in Froshausen auf 2 Sorten je 20 Pfg. mehr. In diesen drei Betrieben kamen 219 Personen in Betracht. Ferner bewilligte in Klein-Krogenburg die Firma Wilkens auf 1 Sorte 50 Pfg., auf 1 Sorte 20 Pfg. und auf 2 Sorten ausgesuchtes Deckblatt; in Betracht kamen 9 Personen. Ebenfalls in Klein-Krogenburg bewilligte die Firma Kuhn auf 6 Sorten Wickel je 20 Pfg. mehr (6 Personen). In Heppenheim bewilligte die Firma Schaper auf eine Braclarbeit 50 Pfg. mehr (2 Mann). Weitere Erfolge waren zu verzeichnen in: Steinau. Die Firma Kunkle bewilligte den Sortierern 15 Pfg. pro Mille mehr (4 Personen). Steinau. Die Firma Braun bewilligte den Tagelöhnerinnen 60 Pfg. pro Woche mehr, den Ausrippern für Brasil 4 Pfg. mehr und für Pfälzer 1 Pfg. mehr. Die Wickelmacher brauchen nicht mehr zu wenden und pressen. Diebrich. Die Firma Mathes bewilligte den Minimallohn von 9 Mark und freie Zurichtung. Klein-Krogenburg. Die Firma B. Wilkens bewilligte Lohnzulagen von 10 Pfg. bis 1 Mark für Roller, 10 bis 30 Pfg. für Wickelmacher. Bei neu eingeführten Sorten entscheidet die Lohnkommission mit. In Betracht kamen 17 Personen.

Abwehrbewegungen ohne Streik fanden statt in Heppenheim bei der Firma Schaper wegen schlechten Materials, wegen einer Fabrikordnung und wegen Maßregelung. Die Differenzen wurden durch Vergleich erledigt. In Westerburg wollte die Firma Gebr. Fuld Lohnabzüge vornehmen, hat aber nachher darauf verzichtet. In Beerfelden gab es berechtigte Klagen der Arbeiter über schlechtes Material und über die Forderung der Rauchzigarren. Die Firma versprach, die Wünsche der Arbeiter zu erfüllen. In Videnbach hat sich die Firma Thorbode sehr rücksichtslos gegen ihre Arbeiter benommen, indem sie Leute entließ, welche ein Menschenalter bei dieser Firma beschäftigt waren. Das ist Kapitalistendank, den sich die Arbeiter merken sollten! In König kam es zu einem Abwehrstreik wegen zwei neuen Sorten mit vollständig ungenügendem Lohn; man wollte den sowieso schon schlechten Verdienst noch weiter drücken; außerdem wurde 7 Kollegen gekündigt. Der Kampf wurde auf beiden Seiten scharf geführt. Nach 12wöchiger Dauer kam es zu einem Vergleich. In Steinau sollten unsere Mitglieder ausgeperert

werden, jedoch nahm die Firma vor Fristablauf die Kündigung zurück.

Gegen Schluß des Jahres 1910 haben sich die geschäftlichen Verhältnisse in unserer Branche gebessert, was auch anhalten dürfte. Deshalb ist es auch möglich, wieder mit mehr Energie an die Aufklärungsarbeit heranzugehen. Wo es nicht möglich ist, durch Versammlungen diesen Zweck zu erreichen, muß es durch die Agitation von Mund zu Mund gehen. Die Organisation muß in jedem Orte Boden fassen, damit der Minimallohn endlich erreicht werden kann. Es ist alles teuer und wird noch teurer, deshalb ist Einigkeit unter den Kollegen eine dringende Notwendigkeit, damit die Erhöhung der Löhne mit der Teuerung gleichen Schritt halten kann.

Franz Schnell, Gauleiter.

Wie viele Mitglieder hast du dem Verband schon zugeführt?

Obige Frage beantwortet das Organ des Bayerischen Eisenbahnerverbandes mit nachstehenden, auch für unsere Mitglieder beachtenswerten Ausführungen:

Was, noch gar keins? Kein einziges? Na, aber höre einmal, was sollte das werden, wenn alle so gleichgültig wären wie du. Du hast doch schon des öfteren gehört: „Je stärker wir sind, desto mächtiger sind wir“, und du bist sicher überzeugt, daß das keine leere Phrase ist. Und trotzdem trägst du nicht zur Stärkung unseres Verbands bei?

Ah so, du meinst, dazu wären doch in erster Linie die Verbandsversammlungen da, um die nötige Propaganda zu entfalten zur Gewinnung neuer Mitglieder. Mit dieser Ansicht bist du jedoch auf dem Holzweg, mein Lieber, denn diese Versammlungen haben in erster Linie einen andern Zweck. Sie dienen zunächst dazu, unsere Mitglieder über das Leben innerhalb des Verbands auf dem Laufenden zu erhalten, ihnen Aufklärung über alle schwebenden Fragen, die von Interesse sind, zu geben; ferner dazu, berufliche Angelegenheiten zu besprechen. Klagen und Wünsche entgegenzunehmen, Erfahrungen auszutauschen, Anträge durchzuberaten usw., kurz all das zu erledigen, was dem Interesse des Verbands und all seiner Mitglieder förderlich ist. Wie oft kommt es vor, daß in solchen Versammlungen gar kein Nichtmitglied anwesend ist, das gewonnen werden könnte. Du erfährst also hieraus, daß die eigentliche Propaganda nicht in der Versammlung selbst, wenigstens nicht ausschließlich in ihr, sondern hauptsächlich außerhalb derselben einzuwirken muß, und du darfst überzeugt sein, daß wir die schöne Mitgliederzunahme zum größten Teil der Kleinagitation zu verdanken haben.

Du meinst, du hättest kein Talent dazu, Mitglieder einzufangen? Nun höre aber, abgesehen davon, daß wir es überhaupt nicht notwendig haben, jemand zu fangen, so wie man etwa einen Fisch mit der Angel fängt — weil unsere Sache eine solche ist, die keiner Tricks und Ueberredungsstückchen bedarf, eine Sache, für die mit ehrlichen Mitteln zu streiten ist — abgesehen davon also, mußt du noch wissen, daß von uns allen noch kein einziger mit einem solchen Talent zur Welt gekommen ist.

Wer Kämpfer werden will, muß das Kämpfen erst erlernen. In den Versammlungen muß er sich Wissen und Aufklärung verschaffen, dann wird ganz von selbst und ohne daß man es merkt, das agitatorische Talent „her-vorgezaubert“. O, wer sich erst einmal über die vier Hauptfragen klar ist, nämlich: „Was ist der Verband? Welchen Zweck hat er? Was hat er schon erreicht? Welche Aufgaben stellt er sich für die Zukunft?“, dem fällt es nie schwer, ein neue Mitglieder zuzuführen.

Du siehst also, mein Freund, daß du recht wohl ebenso gut, wie dies Tausende deiner Kollegen schon getan, von Zeit zu Zeit einen neuen Streiter für unsere Sache gewinnen könntest. Daß du uns heute das Geständnis machen mußt, daß du bisher diese Pflicht — bitte sehr, es ist eine Pflicht, eine Ehrenpflicht sogar — vernachlässigt hast, ist zwar bedauerlich, aber du zeigst dadurch wenigstens, daß du aufrichtig bist, und für aufrichtige Leute haben wir immer eine gewisse Sympathie. Nimms uns also nicht übel, wenn auch wir aufrichtig sind und dir dringend ans Herz legen: „Gehe hin und bessere dich“. Du weißt, daß noch Tausende unserer Kameraden dem Verband fernstehen, von denen der größte Teil gewonnen werden kann, wenn die Sache richtig angepackt wird.

Auch in deiner nächsten Umgebung, in deiner eigenen Sparte sind noch ganz Indifferente vorhanden. Probiers einmal, ob du nicht den einen oder den andern gewinnen

kannst. Du wirst sehen, es geht manchmal leichter als man denkt, vorausgesetzt, daß der gute Wille hierfür vorhanden ist. Du versprichst mir, daß du dies tun wirst?

Na also, ich wußte es ja, daß ich mich nicht in dir täusche, ich wußte, daß es nur einer Unregung unsererseits bedurfte, um dich anzuspornen zu agitatorischer Mitarbeit, und ich freue mich, daß ich mich in meiner Erwartung nicht getäuscht habe. Nur Mut, also, unverzagt ans Werk: Frisch gewagt ist halb gewonnen!

Berichte.

Breslau. Die Not, Elend und Entbehrung leider oft alles andre, nur nicht Nachdenken und Kampfesmut erzeugen, lehrt ein Vorfall, der sich vor kurzem hier in Breslau ereignete. Vor einigen Wochen traten die Arbeiter und Arbeiterinnen der bekannten größeren Zigarrenfabrik Oskar Dullin an die örtliche Verbandsleitung mit dem Ersuchen heran, sich doch ihrer annehmen und die überaus traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse beseitigen zu helfen. Eine fast vollständig besetzte Betriebsbesprechung sollte Stellung zu dem beabsichtigten Vorgehen nehmen und sich gleichzeitig mit der Ausarbeitung von Lohnforderungen in Gestalt eines Tarifvertrages beschäftigen. Leider fiel dieses Vorhaben auf große Schwierigkeiten. Nur einige Arbeiterinnen getrauten sich, die gegenwärtig gezahlten Löhne anzugeben, die andern schwiegen, aus Angst, beim Chef oder dem Werkmeister deshalb denunziert zu werden. Unter den Wickelmacherinnen befand sich nicht eine, die bestimmte, im stillen schon immer gehegte Wünsche offen auszusprechen wagte. Ein Resultat war daher nicht zu erzielen. Trotz des Hinweises der Verbandsvertreter, daß nur traurige Gefellen aus niedriger Bestimmung heraus ihre Mitarbeiter bei der Firma denunzieren könnten, fand am andern Tage die Maßregelung eines Verbandsmitgliedes statt. Eine darauf folgende Besprechung, die endgültige Beschlüsse fassen und sich mit der Maßregelung beschäftigen sollte, war nur von zwei Arbeitern besucht. Die übrigen hatten es, aus Angst, ebenfalls die Arbeit zu verlieren, vorgezogen, der Besprechung fernzubleiben und sich auch fernerhin mit Wochenlöhnen von mitunter nur 7 bis 8 Mark zufriedenzugeben. Wie finster es noch in den Köpfen so vieler traurig gestellter Proletarier aussieht, zeigt dieses Vorkommnis recht deutlich. Statt von dem einen Gedanken besetzt zu sein, durch Einigkeit und gegenfeitiges Vertrauen die traurigen Verhältnisse zu bekämpfen, zerfleischt man sich gegenseitig. Wann wird dieser unhaltbare Zustand einem andern, besseren, den Platz räumen? Den Feind, den wir am tiefsten haßten, das ist der Unverstand der Massen.

Spenge. In der Tabakarbeiterversammlung am 2. Februar wurde der Streik bei Schönhoff u. Niemeyer-Herford in der Filiale Spenge behandelt. Kollege Brinkmann und Gauleiter Schlüter gaben den Bericht über die Entfesselung des Streiks. Die Firma habe der Kommission zufriedenstellende Bedingungen gemacht, der Streik sei daraufhin für beendet erklärt worden. Als dann die Arbeit aufgenommen werden sollte, sei das Versprechen gebrochen worden. Der Werkmeister Helling, der eingeladen und erschienen war, erklärte, daß er nur nach den Anweisungen der Firma gehandelt habe. Zwei Kollegen, die bei der Firma vorgesprochen haben, bestätigten dies. Gauleiter Schlüter erklärte, so etwas sei in der Tabakindustrie noch nicht passiert. Die Zigarrenfabrikanten Westfalens hätten stets Abmachungen gehalten. Nach Annahme einer Resolution, wonach mit aller Kraft der Streik weiterzuführen sei, bis eine Einigung zustande komme, wurde beschlossen, daß die Kommission die Vermittlung des Landrats anrufen soll, da ein Gewerbegericht fehle.

Literarisches.

Moabit. Ein Bild polizeilicher Willkürherrschaft. So nennt sich eine, vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene Broschüre, die in gedrängter Uebersicht die Moabit-Ereignisse schildert. In der Einleitung wird der Versuch, die Vorgänge in Moabit gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften auszuschlachten, juristisch und gründliche Abrechnung gehalten mit den Bethmann, Dallwitz und ihrem reaktionären Anhang. Hieran schließt sich eine Darstellung des Streiks bei der Firma Kupfer u. Co. und seiner Begleiterscheinungen. Es folgt eine kritische Würdigung der Prozeßverhandlungen. Einige Momentbilder aus dem Gerichtssaal, einige Proben des polizeilichen Sprachschlages, die Arbeit der Doppspindel und der Reinfall der Polizeizeugen vervollständigen dieses wichtige Kapitel.

Mit Rücksicht darauf, daß unsere Gegner bereits am Werk sind, unter Verbreitung der Tatsachen aus den Moabit-Vorfällen Waffen gegen die Arbeiterbewegung zu schmieden, dürfte die Broschüre auch für den bevorstehenden Reichstagswahlkampf von hohem Wert sein. Der billige Preis von 20 Pfg. ist geeignet, die Verbreitung zu begünstigen.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Expeditionen und Kolporteurs.

Briefkasten.

A. Schulze, Berlin. Brief kostete 15 Pfg. Straßporto. Aufpassen!

Rohtabak-Angebot von Heinrich Franck, Berlin, siehe vierte Seite des Hauptblattes.

Tabakarbeitergenossenschaft Burgsteinfurt

E. G. m. b. H.

Sonnabend, den 11. März 1911, abends 8 Uhr

General-Versammlung

im Lokale des Herrn Rudolf Arning.

Tagesordnung:

1. Vortrag: Die Aufgabe einer Produktiv-Genossenschaft. 2. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates. 3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 4. Verteilung des Reingewinns. 5. Befolgung des Vorstandes und der Funktionäre. 6. Neuwahlen für die zwei auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder.

Burgsteinfurt, den 1. März 1911.

Der Aufsichtsrat. W. Feld, Vorsitzender.

Garant. rein überseeische Rippen kaufen jeden Posten Funke & Cie., Düsseldorf.

Grus (rein), 30, 60, 90, stets da. Präp. wollig. Ripp.-Einlg. 80. Sell Delg. 2.20, 3.00, 3.50, 3.25. 3/4. Kemmler Nfg., Breslau 6.

Der deutsche Bauernkrieg. Von Friedrich Engels.

Brosch. 1.50 M., gebund. 2 M. (Porto 10).

Volksbuchhandlung, Leipzig, Tauchaer Str.

Erluche die Zigarrenmacher August Seitz (oder Zeit) und Hermann Ackermann, mit sofort ihre Adressen zukommen zu lassen. Selbige haben im Jahre 1907 oder 1908 in Seesen gearbeitet. Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich diese befinden, werden gebeten, dafür zu sorgen, daß mir die Adressen beider Kollegen sofort zugesandt werden. Porto wird vergütet. W. Stade, 1. Bev., Bischofswerda, Geißmannsdorf 67d.

Artur Fickert

(arbeitete 1903 in Dresden), um Deine Adresse bittet i. A. des H. Fugas W. Schutte, 1. Bevollmächtigter Neumarkt i. Schl.

Artur Sauerbier

zu seinem am 12. März stattfindenden 29. Wiegenfest ein 999 mal donnerndes Hoch. Deine Kollegen der Sängertafel der Fa. Grimm u. Triepel S. J., F. D., A. S., R. R., B. D., D. M., R. R., A. G., R. Sch., S. F.

Unseren Kollegen Aug. Schröder, Fritz Sewing und W. Ewering zu ihrem am 28. Februar stattgefundenen Wiegenfest die herzlichsten Glückwünsche. Die Kollegen der Fabrik Collbam in Spenge.

Unserem Freund und Kollegen Hermann Sebast aus Bansen zu seinem am 9. März stattgefundenen Wiegenfest ein dreifach donnerndes Hoch.

Die Mitglieder der Zahlstelle Trebnitz in Schlesien.

Todes-Anzeigen.

Am 25. Februar starb plötzlich das Mitglied Hermann Niemeier aus Besehtamp. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder d. Zahlstelle Sonnebrod.

Am 25. Februar starb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Mitglied Lisette Ditton im Alter von 31 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Seimen.

Am 27. Februar starb infolge Schlaganfalls unser langjähriges Mitglied, der Kollege Paul Heinrich aus Rawitzsch im 41. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Mitglieder der Zahlstelle Halle a. S.

Am 28. Februar verstarb nach längerem Siechtum unser Mitglied, der Zigarrenmacher Adolf Teimann

im Alter von 45 Jahren. Ein ehrendes Andenken werden dem Verstorbenen bewahren Die Mitglieder der Zahlstelle Berlin.

Am 2. März verstarb nach kurzem schwerem Leiden unser Mitglied Frau Anna Lübckemeier im Alter von 36 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Zahlstelle Holsen.

Am 1. März verstarb nach längerem Leiden unser Mitglied Otto Reimann aus Meißen.

Ein ehrendes Andenken werden dem Verstorbenen bewahren Die Mitglieder der Zahlstelle Meißen.

Am 4. März verstarb an Blinddarmentzündung plötzlich unsere treue Kollegin Elisabeth Leib im blühenden Alter von 19 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Zahlstelle Krosb.

Am 7. März verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, der Zigarrenmacher Wilhelm Lippelt a. Wolfenbüttel im 57. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken werden dem Verstorbenen bewahren Die Mitglieder Wolfenbüttels.

Briefkasten.

B. St., Bischofswerda, 1.20 M. — Koll., Spenge, 70 Pfg. — S. J., 70 Pfg. — Koll., Trebnitz, 70 Pfg.

Neu erschienen!

Zusendung kostenlos sofort.

L. Cohn & Co.

Berlin N., Brunnenstrasse 24.

mit ca.

300

verschiedenen

Fassons.

Liste 194

gebrauchter
Wickelformen

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak Bedarfs-Art.

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl hellfarb. Stübl. 300, 350, 400, 440, hellfarb. Solblatt à 300, 325, 350, 375, 425, 470, 475, 600

wattfarbiges Sandblatt à 325 u. 350

mittelfarbiges Solblatt à 260, 280, 300, 350, 375, 400, 450, 475, 500

Hein. Solbl. à 180, 190, 200, 230

Vorstenland-Decke à 195, 210, 250, 350

Java-Decke, große Deckkraft à 250, 300

Java 120, 125, 130, 135, 140, 170, 180

Mexiko-Decke, hochfein, à 500

Mexiko-Deck-Ersatz à 225, 260, 300

Brasil à 135, 150, 165, 170, 185, 200

Brasil-Decke à 300, 350

Carmen à 110, 115, 120, 130, 135, 150, 160

Domingo à 110, 115, 120, 140, 145, 170

Yara-Cuba, großartige Qual. 350, 400

Havanna in Rel. à 300, 350, lose à 200

Uckermärker la 100, 105

Losgut garant. überfein, 110, 125

Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.

Konkurrenzlos Vorstenland-Kehrdecke fahlgroße Farben, nur 350

Zur gefälligen Beachtung! für jede Nachnahmensendung ermäßigt.

Telephon 11358. Telephon 11358.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfehlen als besonders preiswert und gut

Sumatra-Decker à 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 360, 410, 500

Sumatra-Umblatt à 160, 170, 180

Vorstenl.-Decker à 250, 320, 400, 500

Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190

Java-Einlage à 120, 125

Aufarbeiter à 130, 135, 140

Felix-Decke, schneeweiß Brand, 220

Felix-Einlage à 135, 145, 150, 160, 170, 175

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.

Berand unter Nachnahme mit 3 Prozent Skonto.

Man verlange neueste Preisliste.

Als ganz besonders preiswert offeriere:

Sumatra à 1.70, 1.80, 2.—, 2.20, 2.40 bis 5.50 A. — **Java** à 1.10, 1.15, 1.20, 1.35, 1.60, 1.70 bis 2.— A. — **Felix** à 1.15, 1.35, 1.45, 1.50, 1.80 A. — **Dede** à 2.20 A. — **Domingo** à 1.10, 1.15, 1.20, 1.25 bis 1.50 A. — **Carmen** à 1.15, 1.20, 1.30, 1.40, 1.50 A. — **Mexiko-Decke** à 3.60, 3.80, 4.50 A. **Einlage** à 1.40 A. — **Havana** à 2.60 u. 3.60 A. — **Cuba** à 2.50 A. — **Prima Holländer Umblatt** à 1.20 u. 1.25 A. — **Elsässer** à 98 A. — **Uckermärker**, lose Blätter à 96 A., gefächert à 1.05 u. 1.10 A.

Distont gewähre 3 Prozent. — **Berand** nur unter Nachnahme.

Zufuhrte Preisliste gratis und franko.

Wegen totalen Abbruchs unserer jetzigen Lokalitäten verlegen wir am 1. April unser Geschäft in die neuerbauten Lagerräume

Ostra-Allee 25.

Pietzsch & Berndt Dresden-Altstadt

en gros Roh-tabakhandlung en detail.

Anerkannt grosses Lager in- und ausländischer Blättertabake.

Versand in Original-Kolli ab unseren Lägern in Bremen, Hamburg, Amsterdam etc.

Kleinversand per Bahn und Post ab unserem Dresdner Lager.

van Keeken & Co., Emmerich

Fernsprecher 201
empfehlen sämtliche zur Zigarrenfabrikation erforderlichen

Roh-Tabake.

Vorzügliche Qualitäten. Mäßige, reelle Preise. Musterzusendung auf Wunsch.

Berand nur gegen Nachnahme.

Guter und billiger Brotbelag

F. F. Pflaumenmus	
brutto za. 10 Pfd.	Emaille-Eimer 1.85
• 10	Emaille-Kochtopf 2.15
• 28	Emaille-Eimer 4.—
• 28	Emaille-Wanne 5.25
• 46	Emaille-Wanne 9.25
• 84	Emaille-Küchenschüssel 5.50
• 10	Emaille-Schmortopf 4.—
• 84	Emaille-Schmortopf 5.50
netto 40	Holzkelbel 5.40
• 60	Holzkelbel 7.80
F. F. Kunsthonig	
brutto za. 10 Pfd.	Emaille-Eimer 2.50
• 10	Emaille-Ringtopf 2.85
• 28	Emaille-Kaffeekanne 3.—
• 84	Emaille-Eimer 7.50
netto 50	Holzkelbel 12.15
F. F. Kaiser-Speise-Syrup	
brutto za. 10 Pfd.	Blech-Eimer 2.10
Garant. reiner Blütenhonig	
brutto za. 10 Pfd.	Blech-Eimer 6.50
F. F. Rübensaft 10 Pfd. Blech-Eimer à 2.—	
Harzkäse hochfein, 100 Stück - Kiste à 2.50	
Preise ab hier unfrankiert. Gefässe frei.	
Versand gegen Nachnahme oder Vorauszahlung.	
Bei Bestellung von 100.— an 5% Extra-Rabatt.	

E. Henkelmann
Magdeburg 523 Postfach 164

Meyer & Weiss, Roh-tabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher Nr. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.

Giro-Konto: Reichsbank, Bünde Postcheckkonto: Hannover Nr. 3319

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantum zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit dreimonatlichem Zolkkredit.

Spezialität in **Sumatra- und Vorstenlanden-Decktabaken.** Nur tadellos weiss brennende Tabake von I Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grosses Lager in **Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna** usw.

Verlangen Sie Preisliste und Muster. Probe-Postkolli aller Sorten auf Wunsch.

Guterhaltene Proben ausverkaufter Tabake

für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung . . . per Pfund 3.00 Mk. verzollt
II. Sortierung . . . per Pfund 2.50 Mk. verzollt
III. Sortierung . . . per Pfund 2.00 Mk. verzollt

von Umbl.- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt
II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt

Geschnittene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt

Probe-Postpakete von 9 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Uebereinkunft. Jeder Versuch führt zu geregelter Verbindung.

Brinkmeier & Co.

Bremen, Geeren 58

altbekannte reelle Bezugsquelle, empfehlen als gut und preiswert

Sumatra-Decker 180, 215, 220, 250, 260, 300, 340, 350, 400, 425, 500, 550

Borneo-Decker 300 A., hellbraun, verlehrt gerollt fahl

Sumatra-Umblatt, sehr preiswert, 160, 165, 170, 180 A., alles 3. Rängen

Java-Vorstenlanden-Decker 200, 230, 240, 330, 340

Java-Aufarbeiter 130, 135 A., äusserst blattig, meist Umblatt

Java-Umblatt 145, 150, 160, 170

Java-Einlagen 105, 110, 115

Brasil-Decker 200, 220, 240, 280 A., schneeweiß Brand, günstig bedend

Brasil-Umblatt u. Einlage, 125, 140, 150, 160, 170 A., nur gutschmeckende Qualitäten

Carmen-Umblatt, Aufarbeiter, 100, 110, 115, 125, 130, 140 A., alles leichte, gutschmeckende Ware

Domingo-Umblatt, Aufarbeiter, 105, 110, 115, 125, 135 A., trocken und sauer

Seedleaf-Umblatt 145, 155 A., leichter feiner Tabak

Mexiko-Decker, braun, kolossale Deckkraft, 250

Havanna-Einl., 180 A., lose Blätter, feiner Geschmack

Havanna-Einlage 275, 300 A., malottiert, für feinstes Fabrikat

Yara-Cuba 220 A., sehr blattig, durchdringende feine Qualität

Losgut 100, 105, 110 A., nur allerbeste, sehr blattige Ware, Spezialität

Kentucky 130, 150, 160, 170, 180

Virgin-Umblatt u. Einlage für Oesterreicher und Brissago 160—180

Geschaltene Einlage Java mit Brasil 110 A., vorzügliche Einlage

Berand unter Nachnahme.

Preise per Pfund verzollt inkl. Wertzoll.

Erstes Hamburger Roh-tabak-Versandhaus

Hamburg, Altona 49

Friedr. L. M. H. Meyer.

Preise per Pfd. verzollt einschl. Wertzoll.

Sumatra-Decken . . . von 180—450 A.

Sumatra-Umblatt . . . 145—180 A.

Borneo-Decken . . . 220 u. 280 A.

Vorstenland-Decken von 250—280 A.

Java-Umblatt u. Einlage " 105—160 A.

St. Felix-Brasil . . . 135—220 A.

Domingo . . . " 110—140 A.

Carmen . . . " 115 u. 120 A.

Seedleaf von 150—150 A.

Havanna " 240—300 A.

Cuba " 145—300 A.

Mexiko " 145—300 A.

Losgut, nur überf. Umbl. u. Einl. 100 A.

Berand unter Nachnahme.

Java-Sumatra linksheilig per Pfund 2.70 A.

Java-Sumatra 1. Blattlänge per Pfund 3.60 A.

Diese Tabake brennen tadellos und bedekt mit 1/2 Pfund.

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbusser Strasse 4.

Gegen Einsendung von 20 Pfa. in Briefmarken versendet die Expedition des Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21, die neue, interessante Broschüre der Genossin **Luise Zietsch**

Zur Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes

Dieselbe ist für jeden Tabakarbeiter und jede Tabakarbeiterin lebenswert!

Jacob Hirsch jr., Mannheim B 1, 3.

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen inkl. Zoll u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebereinkunft bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Bettmässen

Bereitung sofort. Alter und Unschlecht angebend! Ankauf umsonst!

Institut „Sanitas“, Volburg 14, Bayern.

Roh-tabak-Haus, Altona.

Post- u. Bahnversand zu Engrospreisen.

Empfehle als besonders preiswert:

Sumatra-Stübl. hell, 200, 225, 260, 300, 375, 450 A.

Sumatra-Solblatt, hell, 230, 250, 300, 310, 360, 400 A.

Sumatra-Umblatt 135, 145, 150, 155, 180, 170 A.

Vorstenland-Decken 200, 250, 280 A.

Java-Umblatt und **Einlage** 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160 A.

Seedleaf-Umblatt 145, 150 A., **Decke**, Sandblatt, 180 A.

Borneo-Umblatt u. Decke 140—450 A.

Domingo F 120 A., FF (hart und sauer) 130 A.

Mexiko-Umblatt (feinst St. Andre) 140 A.

Havanna-Einlage u. Umblatt 130, 140, 180, 230, 250, 320 A.

Brasil-Umblatt und **Einlage** 120, 130, 140, 145, 150 A.

Brasil-Decken 160, 175, 230, 250 A.

Losgut, nur ausländische Tabake, meist Umblatt, 100 A.

Karl Ramm, Altona a. Elbe
jetzt: Kronprinzenplatz 2.

Vorzugs-Angebot für Radfahrer.

Pneumatik

ARIA-EXTRA-PRIMA Laufdecke Mk. 6.—
Luftschlauch Mk. 3.50

Garantie 15 Monate

Grosse Auswahl in allen Preislagen!

KATALOG Nr. 129 vollständig kostenlos

F. Verheyen
FRANKFURT AM MAIN.

Für Spenden: Der 1. Bev. Hb. Schmidt wohnt jetzt Schönwalder Straße 28, vorn 4 Tr.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht eure Versammlungen zahlreich!)

In Leipzig: Sonnabend, den 11. März, abends 7/8 Uhr, im Volkshaus, Zimmer Nr. 1. Tagesordnung: Vortrag. Das Erscheinen aller Kollegen ist erwünscht.

Die Ortsverwaltung.

In Braze (Stype): Sonntag, den 12. März, nachmittags 2 Uhr, bei Heimbecher. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Eilenburg: Sonntag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, im Hotel Deutscher Kaiser. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Gauleiter Benzler ist anwesend. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet Die Ortsverwaltung.

In Selb: Sonntag, den 12. März, vormittags 11 Uhr, im Vereinslokal bei Witwe Kopperz, Neue Straße. Tagesordnung: 1. Aufstellung von Kandidaten zur Vertretung bei der Ortskrankenkasse. 2. Innere Verbandsangelegenheiten. — Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Herford: Sonntag, den 12. März, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Overbeck. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder erforderlich. Die Ortsverwaltung.

In Reitwig: Sonntag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, im Lokal zur Flora. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Das Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen ist Pflicht, auch derjenigen, welche noch nicht zur Zahlstelle Reitwig gehören. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Niederbergen: Sonntag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, bei Küster. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Weiskensfeld: Sonntag, den 12. März, nachmittags 3 Uhr, im Volkshaus. Tagesordnung: 1. Weitere Beratung über die Erhöhung der Kartellbeiträge und Beschlußfassung darüber. 2. Erhöhung der Lokalbeiträge. 3. Verschiedenes. — Es ist Pflicht, daß jedes Mitglied in dieser Versammlung erscheint. Die Ortsverwaltung.

In Holsen: Sonntag, den 19. März, nachmittags 4 Uhr, im Vereinslokal. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. — Um zahlreiches Erscheinen wird dringend gebeten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Besterenger: Dienstag, den 14. März, abends 8 Uhr, öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung beim Kollegen Niehoff, Nr. 107. Tagesordnung: Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Referent: Gauleiter Schlüter. — Um zahlreichem Besuch wird gebeten. Die Ortsverwaltung.

Arbeitsnachweise.

Die Bureaus befinden sich:

- Für den 1. Gau: Altona-Dittensen: F. Henke, Schulstraße 9, I.
- Für den 2. Gau: Bremen: Im Bureau des Vorstandes, Faulenstraße 58/60, II.
- Für den 3. Gau: Braunschweig: Ernst Sparläse, Mauernstraße 48, II. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 6 bis 7 Uhr abends. Sonntags von 10 bis 12 Uhr vormittags. Auch erhalten zugereichte dort Arbeitslosenunterstützung.
- Für den 4. Gau: Rochhausen: Verbandsbureau, Wolfstraße 14.
- Für den 5. Gau: Bielefeld: Hb. Schulz, Turnerstraße 45, Arbeitersekretariat.
- Für den 6. Gau: Aln: Ludwig Klein, Heinrichstraße 10, II.
- Für den 7. Gau: Sieben: Heinrich Günther, Löberstraße 26, II. Umfassend den Bezirk Oberhessen und Kreis Weimar. Pfungstadt: Ludwig Klöppinger, Sandstraße 102. Umfassend den Bezirk Rheinhessen und Provinz Starfenburg. Hanau: Konrad Gräbener, Nordstraße 56. Umfassend die Kreise Hanau, Homburg, Marburg, Kirchhain, Fulda, Hünfeld, Einhausen, Schlüchtern, Hersfeld (Provinz Hessen-Nassau) und Regierungsbezirk Unterfranken und Aschaffenburg (Königreich Bayern).

- Für den 8. Gau: Hohenheim: Ludwig Koch, Obere Hauptstraße 72.
- Für den 9. Gau: Stuttgart 13: Hb. Feising, Florianstraße 8, I.
- Für den 10. Gau: Erfurt: Reinhold Blankenburg, Romthurgasse 6, Str. 5. Sprechstunde: Wochentags von 12 bis 1 Uhr nachmittags und 7 bis 8 Uhr abends. Sonntags von 11 bis 1 Uhr nachmittags.
- Für den 11. Gau: Dresden-N.: Franz Schmidt, Rigenbergstr. 2, II, Zimmer 23.
- Für den 12. Gau: Breslau: William Stöhr, Friedrich-Wilhelm-Straße 82, I. Jauer: Heinrich Zeller, Kaffierer, Volkshainer Straße 19.
- Für den 13. Gau: Berlin: Alwin Schulze, Berlin C., Große Hamburger Straße 18/19, Verbandsbureau.
- Für den 14. Gau: Elbing: Robert Henschel, Lange Niederstraße 11, Gartenhaus.

Alle Arbeitsnachweise, sowie Fabrikanten, die in den Bezirken dieser Arbeitsnachweise wohnen, wollen sich nur an vorstehende Adressen wenden.

Widerleben. Arbeitslosenunterstützung an Durchreisende wird nicht ausbezahlt.

Bassum. Arbeitslosenunterstützung an Durchreisende wird nicht ausbezahlt.

Dagen i. W. Unterstützungen an Durchreisende werden nicht mehr ausbezahlt.

Rixdorf u. Umgegend. Achtung! Für die in Rixdorf und Umgegend wohnenden Mitglieder zur Nachricht, daß Beiträge dafelbst entgegengenommen werden vom Kollegen Wilh. Schulze, Steinmeyerstraße 110, part. Dasselbst Tabakarbeiter.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: Hamburg-Uhlenhorst, Mozartstraße 5, I. Ausführend: D. Sidow, Brandenburg a. O., Steinstraße 22. Schiedsgericht: E. Dehmann, Berlin N., Ruhelplatzstraße 24.

Eingegangen: Dresden 200.— Ml. Sterbekasse: Delitzsch 27.82 Ml. Zuflüsse: Braunschweig 200.—, Pölen 50.—, Sandhausen 80.—, Stuttgart 100.—, Halle a. S. 190.—, Ebingen 50.—, Halberstadt 100.—, Berlin I 100.— Ml. Frankfurter: 40.43 Ml. Dombura, den 6. März 1911. H. Otto.

der Firma. Die Waren sind an die Arbeiter nicht etwa zum Selbstkostenpreis verkauft worden, sondern noch teurer als an andre Kunden.

Von jeher wurden die Arbeiter mit Argusaugen bewacht, damit keiner sich organisiert. Wenn ein Organistierter zurecht wurde ihm solange zugelegt, bis er austrat oder abretzte. Gegen die neue Tabaksteuer waren von der Organisation Flugblätter herausgegeben worden, die zu gleicher Zeit die Tabakarbeiter aufforderten, dem Verbandsbureau beizutreten, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Die Firma drohte jedoch den Arbeitern mit der Entlassung, wenn einer dem Aufruf Folge leisten würde. Einen Kollegen, der im Herbst angefangen hat und jetzt als Agitator und Heher bezeichnet wird, hat ebenfalls die Firma zu bestimmen versucht, aus dem Verbandsbureau auszutreten. Am besten wird es für die Firma sein, daß sie den Wünschen der Arbeiter entspricht und die Organisation anerkennt, denn die meisten Arbeiter haben schon Kaiserbeschlüsse verlassen und besser bezahlte Arbeit angenommen und die übrigen werden folgen. Fremde Arbeitskräfte anzuwerben, wird nicht gelingen, trotz aller Versprechungen, dafür wird die Organisation Sorge tragen.

Vereinstell.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6. — Telefon Nr. 6046. Bureauzeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Unt Angabe des Aufenthaltsortes wird erucht von dem Zigarrenmacher Heinrich Berni aus Cleve, zuletzt in Schornberg in Württemberg.

Als verloren wurde gemeldet: Das Mitgliedsbuch, S. II, Nr. 2029, lautend auf Wilhelm Schulte. Das Buch enthält 39 Marken der R. IV. S. 620.

Ohne Abmeldung abgereist: Auguste Walter aus Rawisch, aufgen. am 17. 7. 00, S. II, Nr. 2018. S. 620.

Ausgeschlossen nach § 15a wurde: Der Zigarrenmacher J. v. Krefeld aus Amsterdam, Buch S. I, Nr. 74849, aufgen. am 5. 12. 10. R. ist zurzeit in Altona. S. 507/57.

Achtung, Bevollmächtigte!

Von einigen Zahlstellen wird gemeldet, daß Mitglieder zu reisen, welche — ohne im Besitz einer Wanderkarte zu sein — Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung erheben. Wir machen deshalb hierdurch nochmals darauf aufmerksam, daß an Mitglieder, welche ohne Wanderkarte auf Wanderschaft sind, keine Arbeitslosenunterstützung ausbezahlt werden darf. Nur die vorschriftsmäßig ausgestellte Wanderkarte berechtigt zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung auf Wanderschaft. Es scheint weiter noch nicht genügend bekannt zu sein, daß an auf Wanderschaft befindliche Mitglieder nicht mehr wie für drei Tage höchstens auf einmal Unterstützung ausbezahlt werden darf. Ist ein wanderndes Mitglied länger als drei Tage auf Reise, dann hat es nur Anspruch auf Unterstützung für drei Tage. (Siehe § 9 des Statuts.)

An die Ortsverwaltungen!

Alle Agitationen für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband, die von einer Zahlstelle unterzogen werden sollen, dürfen nur mit Wissen der Gauleitung ausgeführt werden. Ausgaben hierfür werden nur durch die Gauleitung beglichen. Ausgaben, die ohne die Zustimmung des Gauleiters gemacht werden, werden vom Vorstande nicht mehr anerkannt und ohne weiteres gestrichen. Die Ausgaben für Agitation dürfen daher nicht mehr in die Quartalsabrechnungen eingestellt und verrechnet werden.

Zur Statistik über Arbeitslosigkeit unter den Verbandsmitgliedern.

Achtung, Bevollmächtigte! Die Statistikarte betreffs Arbeitslosigkeit für die Woche vom 6. bis 11. März d. Js. muß von allen Zahlstellen — ganz gleich, ob arbeitslose Mitglieder vorhanden waren oder nicht — bis zum Dienstag, den 14. März, eingekandt werden.

Bremen. Der Vorstand.

Vom Vorstande sind ernannt:

- Für Bassum: Joh. Janßen als 2. Bev.
- Für Elbing: Rob. Henschel als 1. Bev.
- Für Herringhausen: Herm. Stork als 1. Bev., Herm. Wahle als 2. Bev., Wilh. Jüdermark als 3. Bev.; Wilh. Hsler, Heinr. Niestrath, Wilh. Wahle als Kontrolleure.
- Für Johanneergegend: Max Schneider als 1. Bev., Georg Damm als 2. Bev., Rob. Wenzel als 3. Bev.; Chr. Jansen, Ernst Wagner, Wilh. Zimmer als Kontrolleure.
- Für Jüterbog: Karl Rappert als 3. Bev.; Paul Diefel als Kontrolleur.
- Für Parchim: Friedr. Rudolph als 1. Bev., Wilh. Kochrian als 2. Bev., Wilh. Haberland als 3. Bev.; Martin Hindemann, Otto Baustein, Joh. Dethloff als Kontrolleure.
- Für Soest in Westfalen: Heinr. Ged als 1. Bev., Hub. Schmidt als 2. Bev., Gust. Kemper als 3. Bev.; Walt, Root als Kontrolleure.
- Für Walsungen: Rich. Tanner als 1. Bev., Karl Nolte als 2. Bev., R. Mittelsdorf als 3. Bev.; Herm. Fahrenbach, Ernst Krug, Aug. Pferner als Kontrolleure.

Vom 28. Februar bis 6. März 1911 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:			
26. Februar.		1. März.	
Beerfelden	50.—	Blottho	400.—
27. Bischofsberda	200.—	1. Berlin	400.—
27. Breslau	500.—	1. Eimen	100.—
27. Nordhausen	800.—	1. Erfurt	60.—
27. Oranienbaum	100.—	2. Schmölla	200.—
27. Reuentirchen	50.—	3. Lemgo	200.—
27. Rheine	200.—	3. Döbeln	100.—
28. Burg b. Magdeburg	90.—	3. Stendal	100.—
28. Bünde-Ernigloh	150.—	4. Trebbin	200.—

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten anbringen.

Bremen, den 6. März 1911. H. Nieder-Weland, Kassierer, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Adressen-Änderungen:

Für Bassum: Der 2. Bev. Joh. Janßen wohnt Bergstraße. Für Elbing: Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Robert Henschel, Niederstraße 11, Gartenhaus, zu richten.

beeinflusst durch die als Folge der Tabaksteuererhöhung eingetretene allgemeine Arbeitslosigkeit. Dabei hatten die Kollegen einen fortwährenden Kampf um die Anerkennung ihrer Unterstützungsansprüche aus dem Viermillionenfonds zu führen. In der großen Zahl von Beschwerden (150), die im Verbandsbureau hergestellt werden mußten, drückt sich diese Tatsache am deutlichsten aus. So erhielten z. B. 103 Kollegen der Firma Eugen Wilemann für 342 Wochen, in denen verlorst gearbeitet wurde, zusammen 845 Mark an Unterstützung zu wenig ausgezahlt. Die hiergegen eingereichten Beschwerden hatten Erfolg. Ingesamt verlor im ersten Jahre nach Inkrafttreten der Steuererhöhung in der Dresdner Zigarrenindustrie 1158 Arbeiter zusammen 50 310 Arbeitstage oder pro Arbeiter rund 51 Arbeitstage. Trotzdem die Situation im Gewerbe allgemein nicht günstig war, gelang es doch, in den meisten Betrieben annehmbare Löhnerhöhungen zu erzielen. Die im Jahre 1909 eingeleitete Tarifbewegung führte im Berichtsjahre zum Tarifabschluß mit 17 Dresdner Kleinbetrieben. In Großbetrieben war zwar kein Tarifabschluß möglich, doch ist es auch hier in den meisten Fällen gelungen, erhebliche Zugeständnisse zu erzielen. Ingesamt wurden bei 22 Firmen mit 935 an der Bewegung beteiligten Arbeitern 230 Akkordsätze für Moller und 246 Akkordsätze für Widelmacher, sowie eine teilweise Erhöhung der Juristerröhne erzielt. Bei der Firma Dresdner Zigarren Comp. wurde ferner die Gleichstellung der Heimarbeiterlöhne mit den Löhnen der Fabrikarbeiter erzielt. In der Zigarettenindustrie wurde im Januar durch einen eintägigen Streik in der Zigarettenfabrik Tautos die Anerkennung eines 25prozentigen Ueberstundenzuschlags für die beschäftigten 10 Maschinenarbeiterinnen erlangt. Im September wurde in der Zigarettenfabrik von Walsch (Kiliale Garbaty-Berlin) die Weiterbeschäftigung von 5 gemahregelten Arbeiterinnen durchgesetzt. Bei der Firma Gebr. Selonsky gelang es dem Arbeiterausschuß, den Lohn für eine neu eingeführte Sorte durch Verhandlung von 2,60 Mark auf 3 Mark zu erhöhen. Durch den Arbeitsnachweis wurden insgesamt 853 Stellen besetzt. Daß im Mai veranstaltete Sommerfest brachte 136,37 Mark und ein Familienabend 30,15 Mark Ueberfluß. Ingesamt wurden im Berichtsjahre 6 öffentliche und 7 Mitgliederversammlungen, sowie 45 Fabrikbesprechungen veranstaltet. Ferner wurde auf Kosten der Lokalkasse ein Lehrkursus über die Geschichte der Gewerkschaften abgehalten. Die durchschnittliche Besucherzahl an den 6 Abenden des Kursus war 32. Im kommenden Winter sollen weitere derartige Kurse abgehalten werden.

Weiter fanden im Berichtsjahre statt: 1 Konferenz der Zigarettenarbeiter für die Zahlstellen Dresden, Deuben und Hähnchen, sowie eine Konferenz der Zigarrenarbeiter der Firma Wilemann für die Betriebe Dresden, Freiberg und Hähnchen und 3 gemeinsame Sitzungen der Arbeiterausschüsse. Die Geschäftsbereiche wurden in 33 Verwaltungssitzungen und 29 Sitzungen von Kommissionen, Arbeiterausschüssen usw. erledigt. Ferner waren 36 Verhandlungen mit Unternehmern, auch je eine Verhandlung auf dem Gewerbeamt und der Zoll- und Steuerdirektion nötig. An schriftlichen Arbeiten wurden im Bureau angefertigt 151 Beschwerden und Gesuche. Davon waren 121 erfolgreich, 11 erfolglos, während bei 19 kein Resultat gemeldet wurde. Die Zahl der Posteingänge betrug 743, die Zahl der Postausgänge 1901. Durch Anschaffung einer Schreibmaschine mit vervielfältigungsapparat war es möglich, die Handzettel für Mitgliederveranstaltungen, Fabrikbesprechungen und sonstige Drucksachen im Bureau selbst herzustellen. Auf diese Weise wurden rund 18 000 Exemplare im Bureau angefertigt. Die Hauptkasse weist eine Einnahme von 33 780,96 Mark und eine Ausgabe von 31 238,27 Mark auf. Der Mitgliederbestand beträgt am Jahresabschluß 1682. Die Lokalkasse hatte am Jahresabschluß einen Bestand von 1290,69 Mark. Den Bericht der Revisoren erstattete Frau Stolz. Der Verwaltung wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zu Kartelldelegierten wurden gewählt Paul Wolan, Ernst März, Franz Schmidt, Helene Auerbach. Die Wahl der Agitationskommission wurde nach längerer Debatte auf die nächste Versammlung vertagt. Für die Wahl der Ortsverwaltung beschloß die Versammlung nach lebhafter Debatte, den Wahlmodus dahin zu ändern, daß die Wahl durch Stimmzettel an einem von der Verwaltung festgesetzten Tage zu erfolgen habe. Als Kandidaten wurden vorgeschlagen die Kollegen: Max Alig, Walter Bied, Bruno Meyer, Paul Halfter, Ernst März, Richard Klein, Elisabeth Stolz, Gustav Meier, Erna Thiele. Hierauf Schluß der Versammlung.

Eilshausen. Die Tabakarbeiterversammlung, welche hier am 25. Februar stattfand, war stark besucht. Die „Christlichen“ hatten den Zutreiber gemacht. Wallbaum, Oberhoffel, Bergmann, Fischer, der ganze christliche Generalkab war vertreten. Gauleiter Schlüter referierte und dann redeten Oberhoffel und Wallbaum. Bis 1/2 Uhr dauerte die Versammlung. Das böse Gewissen über den Verrat der Christlichen an den Tabakararbeitern hatte die Herren in die Versammlung getrieben. Sie wollten retten, was noch zu retten war. Aber alles Verbrechen, alles Lügen mußte nichts. Verzweiflungsvoll erklärte Herr Wallbaum: Der Genosse Schlüter sei ein ganz feiner Taktiker. Er bekannte damit, daß die „Christlichen“ sich nicht nach der Wahrheit richteten, sondern nach einer festgelegten Taktik. Nein, Herr Wallbaum, die beste Taktik in der Politik ist die Wahrheit. Um 1/2 Uhr führte Herr Oberhoffel wieder eine seiner Unanständigkeit aus. Den christlichen Rednern war volle Redefreiheit bewilligt worden. Niemand störte sie. Da führte Oberhoffel seine bekannten Clowntänze auf und die „Christen“ lärmten dazu. Der größte Schreier wurde vom Vorsitzenden, Genossen Wallbaum, aufgefordert, ruhig zu sein; da das aber nichts half, zum Verlassen des Lokals aufgefordert. Nun bestätigte Oberhoffel, daß die Schreier, die ihn im Reden störten, „Christliche“ seien. Er forderte seine Anhänger auf, das Lokal zu verlassen, weil einer seiner Leute hinausgewiesen sei. Die Blamage folgte. Nur wenige gingen mit. Weit über die Hälfte der anwesenden „Christlichen“ blieben im Lokal und gaben ihrer Unzufriedenheit mit dem Verhalten Oberhoffels Ausdruck. Das sei nun das zweite mal, daß Oberhoffel sich unanständig aufgeführt habe, um die Versammlung zu sprengen. Die „Christen“ haben eine neue Niederlage erlitten. Das hätten Wallbaum und Oberhoffel sich nicht träumen lassen, so in Eilshausen abgeführt zu werden.

Kaiserbeschl. Zu der in Nr. 8 untern Blattes veröffentlichten Berichtigung der Firma J. Schabrun und uns geschrieben, daß unsere Angaben auf Wahrheit beruhen, es seien Tatsachen, die in Kaiserbeschl allgemein bekannt seien. Daß ein Arbeiter einmal 30 Mark in einer Woche verdient habe, solle gar nicht bestritten werden, das sei aber nicht in der angegebenen Zeit geschehen, sondern kurz vor dem Inkrafttreten der neuen Wertsteuer. Da haben die Arbeiter mit Hochdruck Ueberstunden machen müssen, im Interesse der Firma, damit nicht zu viel Tabak nachversteuert zu werden brauchte! Fertige Waren waren bekanntlich steuerfrei. Trotz dieses Extraprofits durch die Willigkeit der Arbeiter, hat man diesen selbst keinen Pfennig extra vergütet! Der eine Arbeiter, der an Tuberkulose starb, hat sein Instrument höchstens dreimal im Jahre gebraucht. Nicht die Trompete, sondern die lange Arbeitszeit und die niedrigen Löhne sind die Ursachen der Tuberkulose gewesen. Wenn für Gesellen 4,50, 4,75 bis 5 Mark bei 1000 Stück zu rollen gezahlt werden, so muß die ärmste Kraft angespannt werden, um 15 bis 18 Mark zu verdienen. Der ungünstige Gesundheitszustand sämtlicher Arbeiter der Firma beweist unsere Angaben. Die Krankenkasse und der behandelnde Arzt werden das bestätigen müssen. Das Warenhaus ist zwar formell von der Fabrik getrennt, in Wirklichkeit bestand aber eine sehr enge Verbindung zwischen ihnen. Wer die meisten Waren kaufte, bekam die beste Arbeit in der Fabrik. Wie ein Alp lastete das Gefühl der Beeinflussung auf den Arbeitern. Ein Teil der Arbeiterinnen bekam ihren Wochenverdienst nicht auf dem Kontor, sondern im Ladenlokal verrechnet. Der Vorfall mit der Arbeiterin beruht auf Wahrheit, trotz aller Ableugungsversuche

Mexiko-Decken

☞ **horrend billig!** ☜

Mexiko Nr. 1616 St. Andres
Vollblatt, 2. Länge, sehr zart, breitblättrig, Farben dunkel und schwarz, riesig deckfähig, schneeweisser Brand **Mk. 3.50** verzollt.

Mexiko Nr. 1629 St. Andres
Vollblatt, 2. Länge, prachtvolle Farben, grau und schwarz, breitblättrig, leicht auf der Hand, schneeweisser Brand **Mk. 4.00** verzollt.

Mexiko Nr. 1617 St. Andres
Vollblatt, 1. Länge, feinste Farben, feinste Qualität, sehr deckfähig, sehr breitblättrig, schneeweisser Brand **Mk. 4.50** verzollt.

Vorstenlanden-Decken

Nr. 1591 Djogonalan, Vollblatt, 2. Länge, rechts fahlbraun, links heller, weicher Qualitätstabak **Mk. 270**

Nr. 1628 Djogonalan, Vollblatt, 2. Länge, rechts rötlich hell, links prachtvoll hell und reinfarbig **Mk. 280**

Nr. 1592 Djogonalan, Vollblatt, 1. Länge, weich, hochfein, dunkel, meist schwarze Mexikofarben **Mk. 300**

Nr. 1593 TML, Vollblatt, 2. Länge, rechts hellmatt, links hellfahl, zart, breitblättrig **Mk. 300**

Nr. 1594 TML, Vollblatt, 2. Länge, rechts hellmatt, links ganz prachtvoll hellfahl, reinfarbig. Riesig blättrig **Mk. 320**

Nr. 1595 Grogolan, Vollblatt, 2. Länge, rechts hellfahl, links wunderschön hellgraufahl und reinfarbig. Besonders zartes Blatt **Mk. 350**

Nr. 1370 Grogolan, Vollblatt, 1. Länge, riesig breit und zart, leicht, **wunderbar hell** und reinfarbig **Mk. 450**

Nr. 1501 Bandjar Ardjo, Vollblatt, 1. Länge, **ganz hellgraufahl**, riesige Deckfähigkeit, links fast weiss **Mk. 520**

Sumatra-Decken

Nr. 1562 K B|Langkat 2. Länge, Lochblatt, sehr blättrig, edel, hellbraun, zart, feinste Qualität **Mk. 220**

Nr. 1563 S & R|Deli Vollblatt, 3. Länge, ausgesprochen Linksroller, links hellfahl, blättrig, feiner Geschmack **Mk. 230**

Nr. 1564 S M|Sumatra Vollblatt, 3. Länge, rechts und links hell, leicht, zart, blättrig, riesig preiswert **Mk. 240**

Nr. 1568 Deli My|K B|Langkat Vollblatt, 3. Länge, ganz lebhaft hell, links riesig hell, leicht, hochfein **Mk. 280**

Nr. 1573 Deli My|E Vollblatt, 3. Länge, wie Sandblatt, **ganz hell**, zart, sehr edel, wunderschöne Farben, riesig deckfähig **Mk. 330**

Nr. 1582 Deli My|D Langkat Lochblatt, 2. Länge, jedoch wie Vollblatt, zart, edel, rechts ganz hellmatt, links feinstes hellfahl, grosse Deckkraft **Mk. 340**

Beachten Sie
meine
neue
Adresse!

Heinrich Franck

Berlin N. 54
=: Brunnen-
Strasse 22.

Gegründet 1879.

Postscheckkonto: Berlin 1738.

Telephon: Amt III, 4352.

J. H. Koopmann, Bremen

Telefon 3946 Neustadtswall 36 Fernsprecher 3946

empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra-Decker, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 δ
Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 δ
Java-Decker dunkel 220 δ , hell 260, 280, 300, 320 δ
Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 δ
Java-Einlage 95 δ , mit Umbl. 110, 120, 130 δ
Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 δ
Brasil-Decker 175, 200, 210 δ
Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 δ

Mexiko-Decker (Andres) 300, 350, 400 δ
Havanna 200, 250, 300, 400 δ , **Decker** 700 δ
Yara-Cuba 200, 220 δ , feine Qualität
Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 δ
Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 δ
Domingo-Umblatt 110, 120, 130 δ
Domingo-Einlage und Umbl. 100 δ
Rio-Grande-Decker 120, 130 δ , **Einlage** 110 δ
Losgut, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 110 δ , beste Sorte leicht und sehr blättrig. 110 δ .

Wickelformen neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 150 δ . **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.
Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, besonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 \mathcal{M} . **Gummi-Traganth**, allerfeinste Ware, größte Klebekraft, per Pfd. 250 \mathcal{M} . **Zigarrenband** pro 50 Meter-Rolle, gelb, 80, 105, 120, 125, 150, rot 130 \mathcal{M} . **Bastbündelband**, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 \mathcal{M} .

Preise per Pfund verzollt einschl. Wertzoll. Versand nur unter Nachnahme.

Roh-Tabak.

Empfehle zu bekannt billigen Preisen:
Sumatra-Deckbl., braun 265 δ
Sumatra-Deckbl., hell, 3. Länge 200, 250 δ
1. und 2. Länge 320, 420 δ
Sumatra-Deckbl., Stückbl., 1. u. 2. Länge, hell 200, 250 δ
Sumatra-Umbl. 155 δ
Java-Vorstenland 300, 205 δ
Java, großes leichtes Vollbl. 150, 155, 165 δ

Java-Umblatt und Einlage 100 δ , ganz leicht 125, 115 δ
St. Felix-Brasil-Decker 190 δ
St. Felix-Brasil, Umblatt und Decker 140, 160 δ
St. Felix-Brasil, Einlage und Umblatt 125, 130 δ
Carmen, Einlage und Umblatt 95, 100 δ
grosstes Umblatt 110, 120 δ
Domingo-Umblatt 95, 100 δ
grosstes leichtbrennendes Umblatt 110 δ
Losgut, nur amerif. Tabake, 90, 95, 100 δ

Preise per Pfund verzollt, einschliesslich Wertzoll. Versand unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

F. Reil, Bremen
Weizenkampstrasse 187.

Kein Interessent

versäume unsere Preisliste 23 u. Wickelformbogen einzufordern.

Wir liefern

Zigarrenwickelformen, Kistenpressen, Formenpressen
Arbeitsmesser, Rollbretter, Papier

und tausend andere Artikel, die jeder Zigarrenfabrikant haben muss, neu und gebraucht, in unerreichter Güte zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Wer Geld sparen will

bezieht seine Rohtabake und Utensilien aus erster Quelle von uns!

L. Cohn & Co., Berlin N., Brunnenstrasse 24.

Grösstes Lager in gebrauchten Utensilien.

Deutschlands grösstes Fabrik- und Handelsgeschäft
der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Wiesbadener Volksbücher. Preis pro Bändchen 10 bis 30 \mathcal{P} . Zu beziehen durch die Exp. d. Tabakarbeiter, Leipzig, Tauchaer Str. 19 21